

# **Zwangsarbeit im Faschismus bei der Firma Rheinmetall-Borsig und der Rüstungsstandort Unterlüß**

## Inhaltsangabe

Einleitung	3
Frühe Zwangsarbeit, Kriegsvorbereitung und die Situation in den Betrieben	5
Kriegsbeginn und Zwangsarbeit	8
Die verschiedenen Gruppen der Zwangsarbeiter:innen	9
Der Hungerplan	12
Die italienischen Militärinternierten	14
Der Weg in die Zwangsarbeit	15
Unterlüß	19
Lagersystem, Lebens – und Arbeitsbedingungen	20
Arbeitsunfälle	23
Alliierte Luftangriffe	24
Krankheit	25
Widerstand	26
Werkschutz	30
Arbeits– und Erziehungslager (AEL)	32
Säuglingsheime	34
Der Einsatz von KZ-Häftlingen im System der Zwangsarbeit	36
Bergen–Belsen	39
Planung und Einrichtung eines KZ–Außenlagers	42
Der Weg der jüdischen Frauen aus den Ghettos, über Auschwitz nach Unterlüß	44
Arbeits– und Lebensbedingungen der Häftlinge des Tannenberglagers	48
Selbstbehauptung und Widerstand	53
Die letzten Monate vor Kriegsende in Unterlüß	55
Die Situation im Arbeits– und Erziehungslager (AEL)	57
Die Verschleppung der Frauen des Tannenberglagers	59
Der Nürnberger Prozess	65
Literaturliste	67

Impressum:

Rheinmetall entwaffnen – RheinMain

Eigendruck im Selbstverlag, Bezug über: [rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net](mailto:rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net)

## Einleitung

„Ich war in ihrem Unternehmen als Sklavin (...) beschäftigt.“  
Die Zwangsarbeiterin Janina R. in ihrem Brief an die Firma  
Rheinmetall nach dem Krieg.<sup>1</sup>

Im kleinen Ort Unterlüß, zwischen Celle und Uelzen gelegen, war in den Kriegsjahren 1939-1945 der ganze „Kosmos“ betrieblicher Zwangsarbeit zu finden. Lager für Arbeiter:innen aus verschiedenen Ländern, je nach rassistischer Einordnung mit unterschiedlichem Status, Kriegsgefangene, ein Säuglingsheim, ein Arbeits- und Erziehungslager (AEL) der Gestapo und ein Außenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Die Einrichtungen waren, bis auf einige kleinere Unterkünfte, unmittelbar mit dem Werk verbunden. Die Insass:innen dieser unterschiedlichen Lager arbeiteten im oder für das Rheinmetallwerk.

Während des Camps, welches das antimilitaristische Bündnis „Rheinmetall-Entwaffnen“ 2018 am Rüstungsstandort in Unterlüß veranstaltete, fand ein erstes gemeinsames Gedenken am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Tannenberg statt. Nach dieser Erfahrung und dem für aus anderen Städten kommenden Menschen neuem Wissen über die örtliche Geschichte, wurde das Thema 2019 zu einem der inhaltlichen Schwerpunkte des nächsten Camps gemacht. Es gab eine provisorische Ausstellung und eine Abendveranstaltung auf dem Zeltplatz. Am Standort des Außenlagers wurde im Rahmen einer kleinen Gedenkfeier ein Stein gesetzt und auf dem Rückweg in das 6 Kilometer entfernte Unterlüß der Weg markiert, den die Häftlinge damals täglich ins Werk zurücklegen mussten.

Wenige Tage, beziehungsweise zum Teil schon Stunden später, waren alle Objekte vollkommen zerstört oder gestohlen. Dies alles dokumentiert die von uns danach erstellte Ausstellung und das dazugehörige Begleitheft „Zwangsarbeit bei Rheinmetall z.B. KZ Tannenberg, Unterlüß“.

Der folgende Text entstand während der weiteren Recherche und ist auf zwei Beiträge geteilt als Begleitprogramm zur Ausstellung gedacht. Hier in einer leicht erweiterten Form und durch Quellen- und Literaturhinweise ergänzt. Möglichst oft sollten die

---

<sup>1</sup> C. Leitzbach, Rheinmetall, Bd.1, S.403

überlebenden Zwangsarbeiter:innen selbst zu Wort kommen. Im Gegensatz zu den Nachkriegsaussagen von Täter:innen, zum Teil im Verlauf von Strafverfolgungsmaßnahmen, sind die Aussagen der Opfer wirklich verlässliche Quellen, bei denen aber durchaus mal ein Eigenname oder Datum durcheinander gerät. Alle waren durch ihre Erlebnisse traumatisiert. Zum Teil haben sie ihre Erinnerungen erst nach vielen Jahren niedergeschrieben. Ein weiterer Aspekt dabei ist, den Betroffenen eine Stimme zu geben. Die Erzählung im Nachkriegsdeutschland war die der Täter:innen. Zum Teil bis heute. Im Folgenden werden Überlebende der Zwangsarbeit in Unterlüß und anderen Rheinmetall Standorten zitiert. Ansonsten Menschen denen das selbe an einem anderen Ort passiert ist. Die Strukturen und Abläufe im System der Zwangsarbeit waren immer gleich. Alles war durch Gesetze, Vorschriften und schriftliche Anweisungen genau geregelt. Die ausführenden Institutionen waren immer die gleichen. Deshalb unterscheiden sich die Erfahrungsberichte der Überlebenden oft nur durch Zeit und Ort. So ist es möglich, an einem konkreten Beispiel einen Blick auf das ganze System der Ausbeutung und Vernichtung zu werfen.

Der Einfachheit halber wird im Text von der Firma Rheinmetall gesprochen, auch wenn sie nach der Übernahme der insolventen Borsig AG von Anfang 1936 bis 1955 Rheinmetall-Borsig hieß. Ein sehr großer Standort kam neu in das Unternehmen. Das historische Borsig-Fabrikationsgelände in Berlin-Tegel. Die bisherigen Stammwerke waren Düsseldorf, Unterlüß und Sömmerda in Thüringen.

Wenn in der weiblichen Form von z.B. Arbeiter:innen die Rede ist sind alle Geschlechteridentitäten gemeint, bei Gefangenen und Häftlingen ebenso. Alles andere ergibt sich aus dem Zusammenhang oder wird im Text deutlich.

Wir freuen uns über Kritik, Anregungen und Korrekturen.

Rheinmetall entwaffnen-RheinMain

Mail: [rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net](mailto:rheinmetall-entwaffnen-rheinmain@riseup.net)

www: [weg-der-erinnerung.solikom.de](http://weg-der-erinnerung.solikom.de)

„Also, Freiheit oder so, die gab es natürlich nicht. (...), man war Sklave.“ Adriaan Duivesteyn, geboren 1924 in Holland, leistete Zwangsarbeit bei Rheinmetall in Berlin.<sup>2</sup>

## **Frühe Zwangsarbeit, Kriegsvorbereitung und die Situation in den Betrieben**

Die ersten Zwangsarbeiter:innen im Faschismus waren die Insass:innen der neu errichteten Konzentrationslager. Politische Gegner:innen der Nazis aus der Arbeiter:innenbewegung und der politischen Opposition, aber auch einfach arme Menschen ohne Obdach und Fürsorgeempfänger:innen. Sie mussten in den Konzentrationslagern Arbeiten verrichten, deren Zweck entweder nur der Folter und Erniedrigung der Gefangenen diente, oder aber, wenn auch genauso mörderisch für die Häftlinge, durchaus produktiv waren. Während der Trockenlegung des Emslandmoores entstand das Moorsoldatenlied. Sicherlich das berühmteste Lied zu Zwangsarbeit. Neben der Zerschlagung der Arbeiter:innenbewegung begann ab 1933, was diese für die Machtübertragung an Hitler prognostiziert hatten, die Vorbereitung des Krieges. Diese betraf neben Staat und Wirtschaft alle gesellschaftlichen Bereiche. Der ab 1935 verpflichtende Reichsarbeitsdienst für Menschen zwischen 18-25 Jahren war ein Teil davon. Er setzte die Eingezogenen beim Autobahnbau und in der Land- und Forstwirtschaft ein. Statt dem Gewehr schulterte Mann den Spaten. Bei den Frauen sollte dieses soldatische Bild vermieden werden. Aber die Ideologieschulungen besuchten natürlich auch sie. Das faschistische Frauenbild sah für sie die Mutterrolle und Haushaltsführung vor. Oder führte sie an die Werkbänke der Rüstungsindustrie. Der Reichsarbeitsdienst bescherte dem Staat nicht nur billige Arbeitskräfte und wichtige Propagandabilder, sondern bereitete faktisch den zukünftigen massenhaften Einsatz von Zwangsarbeiter:innen vor. Die zur Unterbringung entwickelten standardisierten Baracken nebst einfachster Möblierung wurden ab Kriegsbeginn zu hunderten errichtet.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Na ja, das prägt einen eben, Hrsg. Stichting Holländerei, S.165

<sup>3</sup> N. Köhler, Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide, S.150

Auf dem freien Arbeitsmarkt kam es aufgrund des massiven Aufrüstungsprogramms ab Mitte der 30er Jahre zu einem Arbeitskräftemangel. Der Staat griff deswegen immer stärker in das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. So wurde geregelt, dass dies nur noch einseitig, von Arbeitgeberseite aus, kündbar war.

Arbeitsämter erfassten die Daten aller Arbeiter:innen, um sie besser in die Rüstungsbetriebe vermitteln und lenken zu können. Ab dem 22. Juni 1938 mussten Arbeitnehmer:innen, mit Inkrafttreten der Dienstpflichtverordnung zwangsweise auch außerhalb ihres Wohnortes einen zugewiesenen Arbeitsplatz antreten.<sup>4</sup>

Der Begriff der Arbeit war zentral in der Naziideologie. Den ursprünglich in der Arbeiter:innenbewegung positiv besetzten Begriff formten die Nazis zum faschistischen Kampfbegriff um. Wer in ihrem Sinne „arbeitete“, war wertvoll, die Anderen „arbeitsscheu“ oder auch lebensunwert. Wobei es sich um willkürlich-ideologische rassistische Zuschreibungen handelte. Die Bilder von zur Arbeit gezwungenen Regimegegnern, Sinti:zze, Rom:nja und jüdischen Menschen sollten sie als faul stigmatisieren, denen die Nazis „das Arbeiten“ beibringen. Deshalb die zynischen Eingangstore der Konzentrationslager mit dem Satz „Arbeit macht frei“. 1938 verhaftete die Polizei über 10.000 Männer als Arbeitsscheue. Weil sie ihren Arbeitsplatz verlassen oder zweimal eine Stelle abgelehnt hatten, wurden sie mit der Bezeichnung „Asozial“ in die Konzentrationslager gebracht. Sie trugen den schwarzen Winkel auf der Häftlingsuniform. Neben den 1938 als asozial Verhafteten mussten Sinti:zze und Rom:nja, diese schon seit 1936, und Jüd:innen auch ab 1938 Zwangsarbeit leisten. Hier waren es zuerst die Sozialhilfeempfänger:innen, ab 1940 dann auch alle anderen.

Die von den Nazis als „lebensunwert“ eingeordneten Menschen wurden im Euthanasieprogramm ermordet. Die faschistische Ideologie sah in ihnen nur unproduktive, noch dazu „erbkrankte“ Menschen. Das führte zum ersten reichsweit organisierten Tötungsprogramm einer ganzen Menschengruppe.

---

<sup>4</sup>Verordnung vom 22. Juni 1938 über die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht, §1-4, W. Ruge u. W. Schumann (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-39, S.79

Nach der Zerschlagung der Arbeiter:innenbewegung waren Ende der 30er Jahre auch formell die von den Arbeitgebern verhassten Errungenschaften der Novemberrevolution obsolet. Nach der Abschaffung der Betriebsräte konnten Unternehmen ohne institutionelle innerbetriebliche Opposition ihre Maßnahmen durchführen. Gerade in den Rüstungsbetrieben wurden die Arbeitszeiten vom erkämpften 8-Studentag sukzessive auf 12 Arbeitsstunden hoch gesetzt. Zum Teil bei einer 6-Tage Woche. Es gab nur noch ein deutliches Oben und Unten, den „Betriebsführer“ als Werksleitung und die sogenannte Gefolgschaft. Im internen Schriftverkehr und der Buchhaltung von Rheinmetall kam ab 1939 noch eine weitere Kategorie dazu: „Ausländer, Juden und Häftlinge“. Zur innerbetrieblichen Kontrolle wurde ab 1933 der Werkschutz ausgebaut. Er bestand nur aus linientreuen Nazis. Auch entwickelten die Unternehmen eigene Repressions- und Strafsysteme. Im April 1942 urteilte das Reichsarbeitsgericht, dass Betriebe Geldstrafen gegen deutsche Arbeiter:innen verhängen können, ohne eine weitere Einspruchsmöglichkeit für die Betroffenen. Das heißt, die Unternehmer übten jetzt auch eine betriebsinterne Gerichtsbarkeit aus.<sup>5</sup> Häufig wurden diese Strafen gegen sogenannte „Bummelanten“ verhängt, um Akkord und Arbeitsleistung zu steigern. Für ausländische Zwangsarbeiter:innen waren die Strafmaßnahmen natürlich ungleich härter. Aber dazu später mehr. Auch wenn Staat und Industrie repressiv gegen deutsche Arbeiter:innen vorgingen, versuchten sie doch, in der Kriegswirtschaft die Versorgungslage gut und den Lebensstandard auf Vorkriegsniveau zu halten. Die Streiks und Hungerrevolten, die die Arbeiter:innenbewegung in der zweiten Hälfte des ersten Weltkrieges organisierte, sollten sich nicht wiederholen. Die folgende Novemberrevolution steckte den Herrschenden noch in den Knochen. In Unterlüß hielt Rheinmetall bis Kriegsende an seiner Baumaßnahme von Werkswohnungen für deutsche Betriebsangehörige fest. Zivile Zwangsarbeiter:innen, sowjetische Kriegsgefangene und zuletzt die jüdischen Frauen des KZ-Außenlagers errichteten die Bauten der werkseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Für die Ruhe an der Heimatfront war eine Spaltung der Belegschaften in deutsche und ausländische Arbeitskräfte notwendig. Auch deswegen gab es die rassistischen Trennungs- und Kontaktvorschriften und drakonische Strafen für die, die sich nicht daran hielten.

---

<sup>5</sup> s.a. Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6, S.320

## Kriegsbeginn und Zwangsarbeit

Schon vor Beginn des Krieges fehlten der Wirtschaft und im Besonderen der Rüstungsindustrie Arbeitskräfte. Außerdem brauchte der, wegen der forcierten Aufrüstung stark verschuldete Staat Devisen. Es fehlte an Rohstoffen, für die auch das Autarkieprogramm des Vier-Jahres-Plans von 1936 keinen Ersatz schaffen konnte. Bei den Devisen und den Rohstoffen sollte die Ausplünderung der besetzten Länder Abhilfe schaffen. Zur Behebung des Arbeitskräftemangels, der sich in der Kriegswirtschaft noch weiter verschärfen würde, gab es zwei Optionen. Den verstärkten Einsatz von deutschen Frauen an den Werkbänken der Rüstungsindustrie oder die Verschleppung der arbeitsfähigen Bevölkerung der besetzten Länder. Trotz rassistischen und sicherheitspolitischen Vorbehalten entschied man sich für letzteres. Frauen waren die Hauptträger:innen der Brotrevolten im ersten Weltkrieg.<sup>6</sup>

Außerdem widersprach eine Werkstätigkeit dem faschistischen Frauenbild. Im Laufe des Krieges musste auch diese Entscheidung revidiert werden und per Dienstverpflichtung landeten jetzt immer mehr Frauen an den Werkbänken der Rüstungsindustrie.

So begann mit Kriegsbeginn, dem Angriff auf Polen 1939, der systematische Arbeitseinsatz von gefangen genommenen Soldaten und Zivilisten der in der Folge überfallenen und besetzten Länder. Mit fortschreitendem Kriegsverlauf mussten immer mehr eigene Soldaten ersetzt und gleichzeitig die Rüstungsproduktion gesteigert werden. Zwangsarbeit und die Ausplünderung der besetzten Gebiete waren kriegswirtschaftlich essentiell und Voraussetzung für die Fortführung des Krieges. Dieser Tatsache waren sich viele Zwangsarbeiter:innen schmerzlich bewusst.

Sarah Udis Weg führte aus dem jüdischen Ghetto im damalig ungarischen *Munkács* über Auschwitz, Gelsenkirchen in das Außenlager des KZ Buchenwald nach Sömmerda. Man zwang sie, im dortigen Rheinmetallwerk Geschosse zu fertigen. Sie erinnert:

---

<sup>6</sup> s.a. U. Herbert, Der „Ausländereinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, in R. Spanjer, D. Oudesluijs, J. Meijer (Hrsg.), *Zur Arbeit gezwungen*, S. 13



„Die körperlichen Entbehrungen, inklusive ständiges Hungergefühl, waren für mich nicht allzu schwer zu ertragen. Auch nicht die Peitschenhiebe der Aufseher hier und da oder ihre Tritte mit dem Stiefel. Aber ich habe seelisch gelitten. Ich habe mich in Sömmerda geschämt, weil ich nicht den Mut hatte zu sterben. Ich sah mich als Kriegsverbrecherin, die für eine dünne Suppe am Tag in der deutschen Kriegsindustrie arbeitet.“<sup>7</sup>

### **Die verschiedenen Gruppen der Zwangsarbeiter:innen**

Heute wird von 8,4 Millionen zivilen Zwangsarbeiter:innen ausgegangen, darunter 1,5 Millionen Kinder, 4,8 Millionen Kriegsgefangene, 1 Million KZ-Häftlinge, 200.000 Strafgefangene und 100.000 jüdische Zwangsarbeiter. Ende 1944 waren 1/3 der Zwangsarbeiter:innen Frauen, unter den sog. „Ostarbeiter:innen“ sogar 50 %. Das sind die Zahlen für das sog. „Großdeutsche Reich“. In den okkupierten Gebieten waren es noch einmal so viele, 26 Millionen Zwangsarbeiter:innen also insgesamt.<sup>8</sup>

Die Sklavenarbeit in den besetzten Gebieten im Osten war ungleich mörderischer als die im Reichsgebiet. Eine hohe Sterblichkeit kennzeichnete die Arbeit in den Steinbrüchen, Zechen und im Straßenbau.<sup>9</sup>

Die rassistische und antisemitische Ideologie des Nazi-Faschismus bestimmte die Rahmenbedingungen der Zwangsarbeit. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen richteten sich danach, in welche Stufe der Hierarchie die Eingesetzten eingeordnet waren. Das Prinzip „Teile und Herrsche“ versuchten die Nazis im System der Zwangsarbeit zu perfektionieren. Im europäischen Rahmen waren die westlich und nördlich von Deutschland gelegenen Länder, als sogenannte „germanische Brudervölker“ oder Kulturnationen, wertehierarchisch weit oben angesiedelt. Dann folgten Südeuropäer:innen und dann die Bewohner:innen der Länder östlich Deutschlands. Dies galt

---

<sup>7</sup> S. Udi, Der Krieg krepirt, S.14

<sup>8</sup> s.a. Maxilene Schneider, NS-Zwangsarbeit auf dem Freiburger Grethergelände, S.6  
[https://rdl.de/sites/default/files/2020\\_Zwangsarbeit\\_web.pdf](https://rdl.de/sites/default/files/2020_Zwangsarbeit_web.pdf)

<sup>9</sup> s.a. G. Schwarze, Die Sprache der Opfer, S.20

ebenso für die Kriegsgefangenen der verschiedenen Länder. Die angelsächsischen Internierten genossen im Allgemeinen den Schutz der Haager Konvention. Nichtsdestotrotz kam es auch bei ihnen zu Kriegsverbrechen. Die Bedingungen für Kriegsgefangene aus den westlichen besetzten Staaten waren schon schlechter. Hier missachtete Deutschland z.B. das Verbot, sie nicht in der heimischen Rüstungsindustrie einzusetzen. Die mit Abstand schlimmsten Bedingungen erlitten die sowjetischen Gefangenen. Ihnen wurde jeglicher Status verwehrt. Vollkommene Rechtlosigkeit prägte ihre Situation. Nachdem in der Anfangszeit des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion Millionen von ihnen in den Kriegsgefangenenlagern in Deutschland und den besetzten Gebieten ermordet wurden, erzwang der Kriegsverlauf ein Umdenken. Der faschistische Staat merkte, dass er für verstärkte Rüstungsanstrengungen weitere Arbeitskräfte benötigte. Der Widerstand der Roten Armee vor Moskau im Winter 1941 rettete so unzählige Menschenleben auch fernab des Kriegsgeschehens. KZ-Häftlinge jeglicher Herkunft, die die SS zur Zwangsarbeit einsetzte oder zu diesem Zweck an Firmen vermietete, hatten die höchsten Todesraten und standen ganz unten in der Hierarchie. Jüd:innen, Sinti:zze, Rom:nja und Behinderte aus den besetzten Ländern und dem Reichsgebiet sollten sterben. Wurden manche von ihnen zur Arbeit selektiert, war dieses Ziel zeitlich nur nach hinten verschoben. Deswegen achtete die SS z.B. darauf, dass die Trennung von jüdischen Häftlingen und anderen Sklavenarbeiter:innen strikt eingehalten wurde.

Von den zur Arbeit eingesetzten Menschen hatten zwei Gruppen während ihres Aufenthaltes in Deutschland so katastrophale Lebens- und Arbeitsbedingungen, das etliche nicht überlebten und viele krank und traumatisiert nach Hause zurückkehrten: die polnischen Zwangsarbeiter:innen und die sogenannten Ostarbeiter:innen. Ihren Einsatz regelten zwei Erlasse: Die sogenannten Polen-Erlasse vom 8. März 1940 und der Ostarbeiter-Erlass vom 20. Februar 1942. In diesen ist auch die Kennzeichnungspflicht enthalten. Aufnäher mit einem „P“ und einem „OST“ waren an der Kleidung zu befestigen. (Jüdische Menschen stigmatisierte der zu tragende gelbe Stern ab dem 1. September 1941.)

Aus Polen und der Sowjetunion kommende Kinder wurden ab dem Alter von 10 Jahren zur Sklavenarbeit eingesetzt. Philip Engel,

Zwangsarbeiter aus den Niederlanden, berichtet über seine Ankunft im Tegeler Rheinmetall-Werk in Berlin:

„Am 1.März 1943 kamen wir in die Fabrik. (...) Ich wurde in eine Abteilung eingeteilt, in der große Maschinen, meist Drehbänke, standen. Dahinter standen eine Menge Ausländer (...). Es arbeiteten auch Kinder aus Polen dort, zehn, zwölf Jahre alt, Jungs und Mädchen. Das war wirklich traurig, richtig tragisch. Die Kinder wussten es auch nicht anders. Die waren einfach bei ihren Familien weggeholt worden. Sie wurden in den Baracken von älteren Frauen versorgt, die sich um ihre Kleidung kümmerten. Das war ein richtiges Elend.“<sup>10</sup>

Menschen aus Polen hatten graduell etwas bessere Bedingungen. Unter ihnen befanden sich auch die polnischen Kriegsgefangenen, die formell entlassen wurden, um dann im Zivilstatus zu arbeiten. Diesen Statuswechsel gab es auch bei sowjetischen Gefangenen, dort aber seltener. Der Umgang mit diesen zur Arbeit gezwungenen Gruppen, einschließlich der sowjetischen Kriegsgefangenen, ist nur im politischen und geschichtlichen Zusammenhang zu verstehen: Nicht erst die Nazis forderten und planten einen Lebensraum im Osten. Dieser Kolonialtraum bewegte schon lange Deutschlands Eliten. Ein rassistisches Weltbild geprägt von deutschen „Herrenmenschen“ und slawischen „Untermenschen“ bildete die ideologische Grundlage. Im Faschismus konkretisierte und radikalisierte sich dieser Plan. Hinzu kam der politische Aspekt des Antikommunismus. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sollte Land und Güter rauben und das politische System zerstören. Das Beispiel der Oktoberrevolution und die Errichtung eines sozialistischen Staates. In Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan von 1936, ein Plan zur verstärkten Aufrüstung und wirtschaftlicher Autarkie, sind die beiden Kriegsziele, der Kampf gegen den „Bolschewismus“ und die „Erweiterung des Lebensraumes (als) Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes“ klar benannt.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Na ja, das prägt einen eben, Hrsg. Stichting Holländerei, S.232/233

<sup>11</sup> s.a. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 1955, Heft 2, ab S.184, [https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955\\_2.pdf](https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1955_2.pdf)

## Der Hungerplan

Der am 1. September 1939 begonnene Angriff endete mit der Besetzung und der Zerteilung der von Deutschland besetzten Gebiete Polens. In ein westlich gelegenes Gebiet, mit dem neuen Namen Warthegau und das östliche Generalgouvernement. Aus ersterem sollte die polnische Bevölkerung vertrieben werden und die Menschen aus dem Generalgouvernement entweder dort oder im Reichsgebiet Sklavenarbeit leisten. Aus einer Rede, die der Generalgouverneur Hans Frank am 2. März 1940 in Warschau hielt: „Das Generalgouvernement ist heute, wirtschaftlich gesehen, ein leeres Gebilde. Was an Rohstoffen da war, hat der Vierjahresplan soweit wie möglich herausgeholt.(...) Wir werden (...) alle Maßnahmen ergreifen, um den Lebensstandard des polnischen Volkes so zu gestalten, daß er gerade noch das Leben sicherstellt (...). Im Allgemeinen ist die Ernährungslage in vielen großen Gebieten des Landes katastrophal.“<sup>12</sup>

Ein Jahr vor dem Angriff auf die Sowjetunion begannen die verstärkten Planungen für diesen Feldzug. In diesen wurde vorher schon detailreich festgelegt, welche Bestimmung er haben sollte: Ein Vernichtungskrieg, der Land und Rohstoffe raubt. Ein Hungerplan sah vor, das Land zu deindustrialisieren, Rohstoffe für die deutschen Rüstungsunternehmen zu sichern und unter deutscher Aufsicht die landwirtschaftliche Produktion zu steigern. Diese sollte dann die gesamte Wehrmacht ernähren und der Rest nach Deutschland gehen. Wie oben angeführt fürchtete der faschistische Staat Streiks und Brotrevolten und versuchte, die inländische Versorgungslage möglichst hoch zu halten. Die akademischen Strategen hinter diesem Plan prognostizierten Millionen russische Hungertote. Unzählige starben. Auch bei der Blockade Leningrads wurde Ernährung als Waffe eingesetzt. Die in dafür vorgesehenen Gebieten in der Landwirtschaft Tätigen hatten gerade so viel zu essen, dass sie arbeiten konnten. Ebendies war auch der Rahmen in Deutschland selber, in dem sowjetische Kriegsgefangene und sogenannte Ostarbeiter:innen Zwangsarbeit leisteten. Einer der Hauptplaner dieses Hungerprojektes war Herbert Backe. Ein Nazi der ersten Stunde, rassistischer Ideologe

---

<sup>12</sup> W. Ruge u. W. Schumann (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Geschichte 1939-42, S. 36

und einer der ranghöchsten SS-Mitglieder. Für 10.000 deutsche Landwirtschaftsführer, die in den besetzten russischen Gebieten die Nahrungsproduktion kontrollieren und den Abtransport überwachen sollten, schrieb er ein Merkblatt. Es war nicht öffentlich, sondern im Gegenteil mit „Geheime Kommandosache“ überschrieben.

Zitat: „12 Gebote für das Verhalten der Deutschen im Osten und die Behandlung der Russen.“ (...) Unter Punkt 11 heißt es: „Armut, Hunger und Genügsamkeit erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten. Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid. Versucht nicht, den deutschen Lebensstandard als Maßstab anzulegen und die russische Lebensweise zu ändern.“<sup>13</sup>

Auch der Rheinmetallstandort in Berlin verfasste zu dieser Zeit ein Merkblatt (es ist archiviert im Deutschen Historischen Museum unter der Inventarnummer D2Z41356).

Natürlich nicht für Landwirtschaftsführer, sondern im Rahmen der betrieblichen Zwangsarbeit. Überschrieben war es mit:

„Bedenke, dass Du ein Deutscher bist! Grundsätze für den Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte“

In den ersten vier von 17 Punkten zitiert das Merkblatt Fritz Sauckel, den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA). Die Urheberschaft der restlichen Punkte liegt bei der Firma Rheinmetall. Bei genauerem Hinsehen aber nicht ganz. Nicht nur an einer Stelle werden aus Hungerplaner Backes 12 Geboten, leicht umgestellt, Passagen übernommen. Unter Punkt 15:

„Vor falschem Mitleid hüte dich. (...) Versuche auch gegenüber den Ostarbeitern nicht, den deutschen Lebensstandard als Maßstab anzulegen. Der Magen des Russen ist dehnbar, und Armut erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten.“

Nun wissen wir, unter welchen Bedingungen im Berliner Werk Sklavenarbeit geleistet wurde. Es ist davon auszugehen, dass in dieser oder ähnlicher Formulierung, auch an den anderen Standorten des zentral gelenkten Rheinmetall-Konzerns, Merkblätter und Anweisungen den Betriebsalltag regelten. Der Hintergrund für diese Aushänge findet sich in den Ostarbeiter-Erlassen von SS-Chef Heinrich Himmler. Darin wird problematisiert, dass:

---

<sup>13</sup> hier zitiert nach Faksimile Bundesarchiv in <https://de.wikipedia.org/wiki/Hungerplan>, Bundesarchiv, Signatur: BArch RW 31/292

„(...) der deutsche Arbeiter am gleichen Platz mit den Arbeitskräften aus dem altsowjetrussischen Gebiet tätig sein (muss). Es ist daher erforderlich, den deutschen Arbeiter in seiner Stellung so hervorzuheben, dass er trotz seiner Mitarbeit als Vorgesetzter und Aufsichtsperson in Erscheinung tritt und bei ihm ein Solidaritätsgefühl mit diesen Arbeitskräften möglichst nicht entstehen kann.“<sup>14</sup>

Rückblickend betrachtet hat dies auch genauso funktioniert. Eine rassistische Spaltung der Arbeitenden. In den Berichten der Zwangsarbeiter:innen gibt es sowohl den prügelnden Vorgesetzten, als auch einzelne Menschen, die ihnen am Arbeitsplatz oder in den Städten Hilfe zu Teil werden ließen. Die übergroße Mehrheit der Deutschen akzeptierte den rassistischen Status Quo und verhielt sich gleichgültig gegenüber den nach Deutschland verschleppten Menschen. Zwangsarbeit war eine Realität, die alle Lebensbereiche durchdrang und von der die Deutschen profitierten. Zum Teil auch privat von den sehr billigen Haushaltshilfen. Sklavenarbeit war einfach Normalität. Der Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski schrieb dazu:

„Schlimmer aber noch als (...) die knechtische Lage der deutschen Arbeiter und die Willkürherrschaft der Unternehmer (...) waren in diesen Jahren die Erscheinungen dessen, was Marx die moralische Degradation der Arbeiterklasse nennt, die sich ausländischen Arbeitern gegenüber überlegen fühlte, statt gerade an deren Schicksal zu sehen, wie tief sie selber heruntergekommen war.“<sup>15</sup>

### **Die italienischen Militärinternierten (IMI)**

Neben den oben genannten Menschen aus Polen und der Sowjetunion gab es eine weitere Gruppe von Zwangsarbeiter:innen mit katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen: die italienischen Kriegsgefangenen. Italien war 1940 an der Seite Deutschlands in den Krieg eingetreten. Die sogenannten

---

<sup>14</sup> Aus den Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten vom 20.2.1942, Absatz III/5, [https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3\\_erl-ostakennz-sw.pdf](https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3_erl-ostakennz-sw.pdf)

<sup>15</sup> J. Kuczynski, a.a.O., Bd. 6, S.320

Achsenmächte. Die Landung der Alliierten 1943 auf Sizilien und der immer stärker werdende antifaschistische Widerstand führten zur Absetzung Mussolinis durch den italienischen König. Daraufhin besetzte die Wehrmacht den nördlichen Teil Italiens und installierte eine Marionettenregierung. Die gefangen genommenen italienischen Soldaten, die kurz zuvor noch selber fremde Länder überfielen, wurden vor die Wahl gestellt, unter deutschem Befehl in den Reihen der Wehrmacht zu kämpfen oder als Kriegsgefangene nach Deutschland gebracht zu werden. Die übergroße Mehrheit von ihnen entschied sich für Letzteres. Von der Wehrmacht und Teilen deutscher Bevölkerung wurden sie dafür als Verräter betrachtet. Ihre Versorgung in den Kriegsgefangenenlagern, wie auch an den Arbeitsstätten war sehr schlecht. Daran änderte sich auch nichts, als sie im Sommer 1944 in den Zivilstatus überführt wurden. Rheinmetall beschäftigte an mehreren Standorten Tausende von ihnen. Der holländische Zwangsarbeiter Philip Engel, eingesetzt an den Rheinmetall-Standorten Berlin und Guben in Brandenburg, erzählt von einem Zusammentreffen:

„Es war in Guben, dort arbeiteten auch viele italienische Kriegsgefangene. (...) Eines Morgens, ich hatte Nachtdienst, da wurden die Italiener unter Begleitung reingebracht. Meistens waren die Bewacher SA-Männer. Einer war dabei (...), der schlug die Italiener. Die Italiener bekamen fast nichts zu essen und ihnen war kalt, sie liefen in solchen langen Mänteln aus Armeebeständen rum. Man konnte sehen, wie sie mehr oder weniger hineinstolperten, sie konnten kaum mehr auf den Beinen stehen.“<sup>16</sup>

### **Der Weg in die Zwangsarbeit**

Ein sehr kleiner Teil der zivilen Arbeiter:innen kam freiwillig nach den aufwendigen Anwerbekampagnen in den besetzten Ländern. Oder aus dem befreundeten faschistischen Italien. Der für die Anwerbung und den Arbeitseinsatz zuständige, und dafür 1947 hingerichtete, Generalbevollmächtigte Fritz Sauckel erteilte Rheinmetall die Genehmigung, im besetzten östlichen Teil Polens, dem sogenannten Generalgouvernement, in eigener Regie Arbeitskräfte zu rekrutieren. Ein Privileg, das nur wenigen kriegswichtigen Firmen zu Teil wurde.<sup>17</sup>

---

<sup>16</sup> Na ja, das prägt einen eben, a.a.O., S. 241 u. S.244

<sup>17</sup> N. Köhler, a.a.O., S.132

Ein Teil der freiwillig Angeworbenen sympathisierte mit den Besatzern, teilte ihre Ideologie oder stand in Opposition zur sowjetischen Regierung. Nachdem sich die Bedingungen in Deutschland herumgesprochen hatten, kam niemand mehr freiwillig. Die, die schon gekommen waren, versuchten ihre Verträge zu lösen oder zu fliehen. Im Rheinmetall-Werk in Unterlüß weigerten sich 1942 218 von 225 Italienern, ihre Verträge zu verlängern.<sup>18</sup>

Mit unterschiedlichen Zwangsmaßnahmen wurden die Menschen zum Arbeitseinsatz gebracht, verschleppt und deportiert. Diese reichten von der Dienstverpflichtung bis zur Entführung von der Straße weg. Betroffen waren aus den westlichen besetzten Ländern Männer im erwerbsfähigen Alter, aus Polen und der Sowjetunion Menschen ab 10 Jahren beiderlei Geschlechts.

Wie das dann ablief, wird aus einer Verlautbarung des Wehrmachtskommandanten Nordholland deutlich:  
 „Auf Befehl der deutschen Wehrmacht haben sich alle Männer im Alter von 17-40 Jahren zum Arbeitseinsatz zu melden. Hierzu begeben sich alle Männer (...) um 9 Uhr (...) auf die Straße (...). Alle Geschäfte bleiben geschlossen. Die Betriebe ruhen. Die Männer (...), die bei der anschließend stattfindenden Durchkämmung noch im Hause angetroffen werden, werden bestraft (...). Der Versuch unterzutauchen zieht schwerste Maßnahmen gegen die Familienangehörigen nach sich. Die Gemeinde ist völlig von Truppen der deutschen Wehrmacht umstellt. Beim Versuch zu entfliehen oder Widerstand zu leisten, wird geschossen.“<sup>19</sup>  
 Soweit zur Anwerbung von Arbeitskräften durch die Wehrmacht. Und das bei einem, laut faschistischer Ideologie, „germanischen Brudervolk“.

Das nächste Zitat beschreibt den Weg eines Kindes aus Polen:  
 „Einer der jüngsten Insassen (des) Männerlagers III (des Rheinmetallwerkes, d. Verfasser) war der damals elfjährige Jerzy M. aus Posen. Seine Familie wurde im Februar 1940 „innerhalb von zehn Minuten aus der Wohnung (...) von der Gestapo

---

<sup>18</sup> N. Köhler, a.a.O., S.132)

<sup>19</sup> S. Drost, Patronenwald, S. 19



mitgenommen (...) und ins Hitlerlager Hauptposen“ und von dort nach Unterlüß gebracht, wo er (...) als Platzarbeiter arbeitete.<sup>20</sup>

Der Weg von Sinaida P. führte aus der Stadt Taganrog in der Sowjetunion in eine Rüstungsfabrik in Westfalen. „1942 hatte man Razzien organisiert: Man hat den Markt umringt und die Jugendlichen für die Arbeit in Deutschland festgenommen. So wurde auch ich festgenommen. Damals war ich 16 Jahre alt. Unter der Bewachung von deutschen Soldaten mit Hunden führte man uns bis zur Stadt Mariupol. Wir stiegen in die Viehwaggons ein, auf dem Boden lag Stroh. Wir waren zu viele in einem Waggon, so dass wir nur sitzen oder stehen konnten. So fuhren wir zehn Tage und Nächte. (...) Wir kamen in ein Sammellager - ich weiß nicht wo - da hat man uns aufgestellt, und die deutschen Herren wählten sich die Arbeiter aus.“<sup>21</sup>

Ab 1943 befand sich die Wehrmacht im Osten auf dem Rückzug. Dabei hinterließen sie buchstäblich verbrannte Erde. Alle Dörfer wurden niedergebrannt, die Infrastruktur zerstört, ganze Dorfgemeinschaften nach Deutschland zur Zwangsarbeit deportiert oder an Ort und Stelle umgebracht.

Die vorangehenden Zitate verdeutlichen, welche zentrale Rolle die Wehrmacht bei der Verschleppung und Deportation der Zwangsarbeiter:innen spielte. Die Transporte organisierte die Deutsche Reichsbahn. Westliche Arbeitskräfte fuhren in Personenzügen, die aus dem Osten in Viehwaggons. Sowjetische Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge auch in offenen Waggons. Im Winter starben so etliche von ihnen nur aufgrund der Transportbedingungen.

Für die oft sehr jungen Menschen begann ein traumatisierender Weg ins Ungewisse. In Deutschland durchliefen die Ankommenden zuerst sogenannte Durchgangslager, die von den Landesarbeitsämtern betrieben wurden. Hier fand dann eine entwürdigende Körperdesinfektion statt. Die damals 17jährige Aleksandra J. deportierte die Wehrmacht nach der Niederschlagung

---

<sup>20</sup>C. Leitzbach, a.a.O., Bd.1, S. 401

<sup>21</sup> G. Schwarze, a.a.O, S.128

des Warschauer Aufstandes zur Arbeit nach Deutschland. Sie berichtet über ihren Aufenthalt im Durchgangslager:  
 „Am Schlimmsten war es wohl, als alle Frauen in den Baderaum (...) zusammengetrieben wurden. Man nahm uns Kleider und Unterwäsche zur Entlausung, und wir mussten nackt auf dem Betonfußboden stehen. Man machte uns Fotos und teilte uns Nummern zu (...). Dann mussten wir breitbeinig mit gesenktem Kopf über dem Abfluss stehen, und das männliche Personal (bei Männern war es eine Frau) begoss alle behaarten Stellen mit irgendeiner stinkenden, fettigen Flüssigkeit; angeblich sollte das vorbeugend gegen Läuse wirken. Dann ließen sie (...) Wasser laufen und lachten uns aus. (...) Dann wurden wir von einem Arzt untersucht, (...) Er betastete mich wohl 10 Minuten lang. Ich fühlte mich so erniedrigt und entwürdigt wie noch nie in meinem Leben. Jeden Morgen um 6 Uhr wurden wir (...) auf den Appellplatz hinausgetrieben, wo wir unabhängig vom Wetter bis 19 Uhr saßen. (...) Während wir auf dem Platz saßen, fühlten wir uns wie Vieh auf dem Markt. Es kamen verschiedene Deutsche (...) und suchten sich Arbeiter aus. Dann musste man ins Büro, wo ein Dokument zu unterzeichnen vorlag, dass man freiwillig zur Arbeit kam. Ich und ein paar Jüngere bäumten uns auf und wollten solches Dokument nicht unterzeichnen. So saßen wir draußen, bei Regen und Kälte, eine Woche lang. Länger hielten wir nicht mehr aus (...). Man schickte uns in eine Munitionsfabrik.“

Aleksandra J. landete an einer Werkzeugmaschine die Artilleriegeschosse herstellte am Rheinmetall-Standort in Berlin Tegel.<sup>22</sup>

Die beschriebene Registrierung führten die Arbeitsämter mit Hilfe der Polizei durch. In Niedersachsen wurden die Zwangsarbeiter:innen erst von Salzgitter, dann von Lehrte aus verteilt und die Registrierung im Durchgangslager oder direkt vor Ort vorgenommen. Den Zwangsarbeiter:innen stellten die Behörden sogenannte Arbeitsbücher aus, die ihnen jetzt als Passersatz dienten. So konnte die Polizei bei Kontrollen direkt feststellen, ob sich die Person unerlaubt vom Arbeitsort entfernt hatte. Die

---

<sup>22</sup> Zitiert aus dem übersetzten Brief der ehemaligen Zwangsarbeiter:in Aleksandra J., Zeitzeugenarchiv des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit, Archivsignatur: dzsw 1500

Einteilung an den Orten der Beschäftigung hatte den Charakter von Sklavenmärkten.

Der 16-jährige Schüler Kasimierz Klimkiewicz aus Warschau erlebte die Ankunft in Unterlüß so:

„Es sah aus wie auf einem Markt mit lebendigen Waren. Wir waren nicht wenige, etwa 200 Personen, und standen auf der Straße vor der Fabrik Borsig. (...) Zu mir ist ein großer Mann, wie Goliath gekommen, fragte mich wie alt ich bin. Ich sagte ihm: 16, er prüfte meine Muskeln und sagte „komm mit“. So kaufte er mich wie einen Kohlkopf.“<sup>23</sup>

## Unterlüß

1899 pachtete der 10 Jahre zuvor gegründete Rüstungsbetrieb Rheinmetall aus Düsseldorf im kleinen Ort Unterlüß Flächen, um die von ihm produzierten Waffen zu erproben. Der Standort wurde wenig später zu einem Werk erweitert, an dem bis heute Waffen und Munition entwickelt, gebaut und erprobt werden. Die Geschichte und der Status Quo der Gemeinde Unterlüß sind seitdem nicht mehr von diesem Betrieb zu trennen. Er war und ist der mit Abstand größte Arbeitgeber in der Region. Schon im 1. Weltkrieg mussten Kriegsgefangene aus Frankreich, England, Russland und Belgien in Unterlüß Zwangsarbeit leisten. Außerdem stellte Rheinmetall hier Giftgasmunition her. In den 1920er Jahren war die Firma an den illegalen Aufrüstungsprogrammen der republikfeindlichen Reichswehr beteiligt. Soweit sehr kurz zur Vorgeschichte.

Das Werk Unterlüß entwickelte sich im Laufe des zweiten Weltkriegs zu einem zentralen Ort der Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Beschäftigte in der Rüstungsindustrie waren in den ersten beiden Kriegsjahren von der Einberufung freigestellt. Mit Ende dieser Regelung mussten sie ersetzt werden und so begann der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Unterlüß erst 1941. Auch die Rüstungsproduktion insgesamt wurde gesteigert und führte zu einem enormen Bedarf an weiteren Arbeitskräften. Rheinmetall nutzte jetzt jede Möglichkeit, um dem Betrieb neue Beschäftigte zuzuführen. Zuständig für das Werk Unterlüß war das Arbeitsamt Celle. In der Gemeinde koordinierte Rheinmetall selbst die

---

<sup>23</sup>N. Köhler, a.a.O., S.171

Zuweisung von Arbeitskräften. Andere Unternehmen, vor allem Baufirmen, arbeiteten im Auftrag, oder in mittelbarer Abhängigkeit von Rheinmetall. Im Werk selbst lag der Anteil der Zwangsarbeiter:innen an der Belegschaft Ende September 1944 bei 56,5 %. Während in den Entwicklungsabteilungen fast nur Deutsche arbeiteten, waren es in der Munitionsfüllanlage mit den schlimmsten Arbeitsbedingungen zu 81% Zwangsarbeiter:innen, überwiegend Frauen. Eine davon war:

„(...) Aurelia D., die im März 1942 in Pabianice bei Lodz zur Arbeit nach Unterlüß verpflichtet wurde. Die 21-Jährige arbeitete von 6 Uhr bis 16 Uhr oder von 20 Uhr bis 6 Uhr morgens im Schichtdienst bei „Rheinmetall-Borsig“. (...) Sie (...) befüllte Geschosse mit Schwefel. Diese Arbeit war sehr gesundheitsgefährdend; Aurelia D. beschreibt, dass sie bereits nach einigen Tagen ein gelbes Gesicht und rotbraune Haare bekam.“<sup>24</sup>

Die Hälfte der am Standort Unterlüß eingesetzten zivilen Arbeitskräfte kam aus Polen, ein Viertel aus der Sowjetunion, der Rest aus Jugoslawien, Belgien, Frankreich und Italien. Weiter gab es sowjetische, italienische und französische Kriegsgefangene und jüdische Frauen, KZ-Häftlinge, die meisten aus Polen und Ungarn kommend. Insgesamt mehrere Tausend Sklavenarbeiter:innen, die in 21 Barackenlagern und Unterkünften im kleinen Ort Unterlüß lebten.

### **Lagersystem, Lebens- und Arbeitsbedingungen**

Die zivilen Zwangsarbeiter:innen wurden ihrem Status entsprechend untergebracht oder interniert. Aus westlichen Ländern Stammende in Gasthaussälen und ähnlichen Unterkünften. Waren es Baracken, dann waren diese mit Heizmöglichkeiten ausgestattet, hatten ein Fundament und sanitäre Anlagen, die einem Mindeststandard entsprachen. Sie konnten sich im jeweiligen Ort oder Stadt frei bewegen, der Weg zur Arbeit war zum Teil weit und wurde zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Der Zu- und Abgang in den Lagern und Unterkünften wurde aber kontrolliert. Polnische und sowjetische Zwangsarbeiter:innen lebten in umzäunten Lagern, in Baracken schlechterer Ausstattung und mit einer höheren Belegung. Die sogenannten Ostarbeiterlager hatten

<sup>24</sup> N. Köhler, a.a.O., S.133

Gefängnischarakter. Zu Beginn war Stacheldrahtzaun vorgeschrieben, es gab Wachmannschaften, die in größeren Betrieben der Werkschutz stellte.<sup>25</sup>

Zuständig für die Unterbringung der zivilen Zwangsarbeiter:innen war die Firma, für die sie arbeiten mussten. Im Fall von staatlichen Stellen ebendiese oder eine Kirchengemeinde oder auch eine Privatperson wie ein Landwirt. Bei Rheinmetall ging es um die Planung, Bereitstellung und Unterhaltung von Lagerplätzen an den Betriebsstandorten für oft tausenden Zwangsarbeiter:innen. In Unterlüß gab es dafür eine werkseigene sogenannte Oberlagerleitung. Viele der benötigten Baracken und Einrichtungsgegenstände bezog Rheinmetall von der Rüstungskontor GmbH. In den Lagern selber setzten die Unternehmen Lagerführer ein, die sich zum Teil aus dem Werkschutz rekrutierten.

Die Bewegungsfreiheit der sog. Ostarbeiter:innen und polnischen Zwangsarbeiter:innen war stark eingeschränkt. Zum Teil wurden die sowjetischen Zwangsarbeiter:innen unter Bewachung durch den Werkschutz in den Betrieb gebracht. Kontakte zur deutschen Bevölkerung sollten vermieden werden und waren für beide Seiten streng verboten. Während zu Anfang des Einsatzes der sogenannten Ostarbeiter:innen der Ausgang aus den Lagern verboten war, wurde dies später gelockert. Ihre Heimatländer waren besetzt und zerstört. Eine Flucht schwierig. Außerdem sollte es ihre Arbeitsmoral heben. Die Unternehmen, wie auch staatliche Stellen, analysierten fortwährend die Effektivität und Rationalität des Arbeitseinsatzes. Da die Arbeitsleistung gerade der sogenannten Ostarbeiter:innen nicht den Erwartungen entsprach, veränderten die Werksleitungen in Absprache mit den Behörden einige Bedingungen in Bezug auf Bewegungsfreiheit und Ernährung. Oder aber setzten auf verschärfte Repression. Der Rheinmetall-Konzern führte an seinen Standorten, auch in Unterlüß, sogenannte „Eignungsprüfungen“ von sowjetischen Zwangsarbeiter:innen durch. Um dann diese, laut eigener Aussage, zu „erziehen“. Eine sicherlich nicht zufällige Wortwahl. Die Gestapo nannte ihre Konzentrationslager im System der Zwangsarbeit euphemistisch

---

<sup>25</sup>Aus den Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten vom 20.2.1942, Absatz V/b, [https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3\\_erl-ostakennz-sw.pdf](https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3_erl-ostakennz-sw.pdf)

„Arbeits- und Erziehungslager“. Aus dem Protokoll einer solchen Eignungsprüfung des Rheinmetall-Werkes in Sömmerda:

„Prüfling Nr. 1: Erziehung war bis jetzt erfolglos. Er will nicht. Arbeitsplatzwechsel soll versucht werden.

Prüfling Nr. 8: Er kann, wenn er will. Weitere Erziehungsmaßnahmen sollen versucht werden.

Prüfling Nr. 68: Hat schon Dresche gekriegt. Hat nichts genutzt. (...) Soll unter schärfere Aufsicht gestellt werden (...).“<sup>26</sup>

Interessant, dass die Prügel sogar im Firmenprotokoll auftauchten. Werksmeistern und Lagerführern war dies formell sogar verboten.

Auch wenn es in der Praxis nicht geahndet wurde oder sogar Normalität war. Die Ukrainerin Anna Wlasowna L. beschreibt ihren Arbeitsalltag im Düsseldorfer Rheinmetall-Werk wie folgt:

„Ich arbeitete als Fräsarbeiterin 12-15 Stunden pro Tag in den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, und fast ohne Essen. Die Aufseher misshandelten uns immer und sogar schlugen.“

Maria Grigorewna G., auch sie als Zwangsarbeiterin im Düsseldorfer Werk eingesetzt, schreibt:

„Der Direktor war ein dicker, gesunder Deutscher. (...) Wir wurden schlecht ernährt, 200g Brot mit Sägespänen und Steckrüben. Ich war schwach und klein von Wuchs von der Unterernährung und der harten Arbeit.“<sup>27</sup>

Obwohl man feststellte, dass die hungernden Zwangsarbeiter:innen nicht die geforderte Arbeitsleistung brachten, änderten sich die Essensrationen nicht substantiell. Während westliche Arbeiter:innen Nahrungsmittel dazu kaufen konnten, sammelten z.B. in Unterlüß polnische Menschen Beeren und Pilze im Wald. Den sowjetischen Zwangsarbeiter:innen lockerten die Behörden mancherorts die Bewegungsfreiheit, so dass sie nach der Schicht in den Betrieben für ein Essen in Privathaushalten arbeiteten. Gegen Ende des Krieges verschärfte sich die ohnehin prekäre Essensversorgung noch einmal. Für die Betriebe zählte nur die erbrachte Leistung, bei möglichst geringen Arbeitskosten. Je austauschbarer oder ersetzbarer die Menschen waren, desto mangelhafter die Versorgung. Nach dem Krieg argumentierten die Unternehmen, dass sie sich dabei an staatliche Vorschriften hätten halten müssen. Das entsprach nicht den Tatsachen. Ein Beispiel ist die Arbeit in der Munitionsfabrik von Rheinmetall in Unterlüß. Hier wurden in einem

---

<sup>26</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.405

<sup>27</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.398

mehrteiligen Arbeitsprozess Geschosshülsen entgratet und entrostet, mit Chemikalien für die Brand- und Sprengwirkung gefüllt, mit einem Zünder verschlossen, verpackt und in Zugwaggons verladen. In diesen Ablauf mussten die Arbeiter:innen eingeführt werden. Es handelte sich zudem um eine wegen der Explosionsgefahr sehr gefährliche Arbeit. 1937 ist die ganze damalige Munitionsfabrik in die Luft geflogen. Es gab 17 Tote. Sie wurde danach räumlich vom eigentlichen Werk getrennt und in einiger Distanz wieder aufgebaut. Um also die angelernten Frauen bei Kräften zu halten, erhielten sie in der Pause einen viertel Liter Milch. Ebenso die ab Sommer 1944 hier beschäftigten KZ-Häftlinge. Die Milch sollte wohl auch einer unmittelbaren Vergiftung entgegenwirken. Es war also keineswegs unmöglich, die im Betrieb eingesetzten Sklaven ergänzend zu ernähren. Die unterernährten und kranken KZ-Häftlinge des Außenlagers, die das Werk als ungelernete Kräfte bei schweren Außenarbeiten einsetzte, waren dieser Mühe nicht wert. Sie starben durch die Arbeit. Die Entlohnung der Zwangsarbeiter:innen richtete sich nach ihrem Status. Die Kosten für Unterbringung und Essen zogen die Betriebe vom ohnehin kargen Lohn ab. Dazu kamen noch diverse Abzüge und Sondersteuern. Eine z.B. für den „Aufbau Deutschlands nach dem Kriege“.<sup>28</sup>

Viele der Sklavenarbeiter:innen starben an ihren Einsatzorten. Der Grund dafür waren u.a. Arbeitsunfälle und Bombenangriffe. Andere kehrten chronisch krank, verstümmelt und traumatisiert nach Hause zurück.

## **Arbeitsunfälle**

Arbeitsschutzbekleidung stellten die Betriebe nicht und auch die Einarbeitung an den Maschinen war auf ein notwendiges Minimum beschränkt. Neben der oben angeführten Vergiftung der Munitionsarbeiter:innen gab es die ganze Palette an leichten und schweren Arbeitsunfällen. Aus dem Bericht von Inna Ivanovna B., die im Leichtmetall-Presswerk am Düsseldorfer Rheinmetall-Standort arbeiten musste:

„(...) ich wurde zur Arbeit mit Stanze versetzt. Ich machte alles ohne Instruktion, mir wurde gesagt nur: „Drücke auf den Knopf“

---

<sup>28</sup> J. Gedicke, Chronik der politischen Gemeinde Unterlüß, Bd. 2, S.172

und „Nehme den Abschnitt weg“. (...) Am 29. Mai in 1943 wurde es mir mit der Stanze drei Finger abgeschlagen. (...) Einige Tage lieg ich in der Baracke, dann arbeitete ich mit dem Kran (...) bis im Mai 1945. Zur Zeit tut mir die Verletzung fast nicht weh. Aber in der Jugend tat es mir weh und fügte die Unbequemlichkeit zu.“<sup>29</sup>

Kazimierz W. aus Jaworzno in Polen kam in das Tegeler Rheinmetall-Werk in Berlin.

„(...) nachdem unsere Gimnasium (1939) zugemacht wurde, (...) hatte ich eine Vorladung aus Arbeitsamt bekommen, daß beim Nichterscheinung zum Transport (zwecks Abreise zur Arbeit im Altreich) werde ich polizeilich zugeführt. So war ich in Berlin gekommen und (...) arbeitete ich als Fabrikarbeiter (...). Eines Tages (...) Kisten aus der Höhe 3-4m gerade herunter auf meinem Kopf gefallen worden. (Fünf) Stunden ich war bewußtlos geblieben. Auf diese Weise mein Kopf, Arm, Bein und Fuß (...) beschädigt waren. Bald nach dem Unfall war ich zurück nach Jaworzno gefahren. Die Konsequenzen dieses Unfalls trage ich jedoch bis Heute.“<sup>30</sup>

## **Alliierte Luftangriffe**

Im Laufe des Krieges verstärkten die Alliierten ihre Luftangriffe auf die industriellen Zentren Deutschlands. Also die Orte, an denen sich auch die betriebliche Zwangsarbeit konzentrierte. In Berlin z.B. waren ca. 500.000 Zwangsarbeiter:innen beschäftigt, allein bei Rheinmetall etwa 30.000. Sie durften unter Strafandrohung keine Luftschutzbunker aufsuchen, diese waren allein der deutschen Bevölkerung vorbehalten. Einzig sogenannte Splitterschutzgräben in den Barackenlagern sollten Schutz bieten. Dies hatte zur Folge, dass abertausende Zwangsarbeiter:innen durch die Bombenangriffe starben. Es ist davon auszugehen, dass mindestens 20 % der Getöteten nicht freiwillig in Deutschland waren.

Die am Düsseldorfer Rheinmetall-Standort eingesetzte Maria Grigorewna G. aus der Sowjetunion berichtete nach dem Krieg: „Ende 1944 wurde die Fabrik und das Lager bombardiert. Es hatte schon früher Bombardierungen gegeben, aber das war jetzt die

---

<sup>29</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.399/400

<sup>30</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.414



wahre Hölle. Ringsherum brannte alles. Eine Bombe war in den Graben (...) zwischen den Baracken eingeschlagen. Dort hatten wir uns versteckt. Viele kamen ums Leben, viele verbrannten. Wer am Leben geblieben war, lief weg. Am Morgen sammelte uns die Polizei außerhalb der Stadt wieder ein.“<sup>31</sup>

## Krankheit

Für Zwangsarbeiter:innen gab es eine Gesundheitsversorgung, die eine schnelle Rückkehr an den Arbeitsplatz ermöglichen sollte. Krankenbaracken und Sanitätsbereiche waren Teil der Lagerinfrastruktur. Bei schweren Verletzungen oder Krankheiten wurden die Zwangsarbeiter:innen in die örtlichen Krankenhäuser eingewiesen. Um den Kontakt mit Deutschen zu verhindern, bauten diese auf ihrem Gelände eigene Baracken für eine parallele Versorgung. Befanden sich Ärzt:innen unter den deportierten Arbeiter:innen, verpflichtete man diese für die Behandlung ihrer Landsleute. Schwerkranke durften in den ersten Jahren des Arbeitseinsatzes nach Hause zurückkehren. Nicht arbeitsfähig waren sie "unnütze Esser". Später wurden Zwangsarbeiter:innen aus dem Osten, deren Heilung nicht absehbar war, zum Teil auch gezielt getötet. 600 allein im hessischen Hadamar. Auch in Unterlüß arbeitete ein russischer Arzt in den Krankenbaracken der Rheinmetalllager in der Behandlung von kranken sowjetischen Arbeiter:innen, um die rassistische Separierung einzuhalten.<sup>32</sup>

Noch nicht erforscht ist die Zeit des Aufenthaltes von Antonia Konjakina-Trofima in Unterlüß. Als Rotarmistin überlebte die Ärztin im Oktober 1941 ihre Gefangennahme durch die Wehrmacht. Einmalig zu der Zeit kämpften, wenn auch wenige, Frauen in der Roten Armee. Diese von der Wehrmacht als „Flintenweiber“ titulierten Soldatinnen wurden oft schon bei ihrer Gefangennahme ermordet.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.395

<sup>32</sup> N. Köhler, a.a.O., S.228

<sup>33</sup> H. Heer (Hrsg.), Stets zu erschießen sind Frauen, die in den Einheiten der Roten Armee dienen, S.10

Wie viele andere erkrankte Antonia Konjakina im Kriegsgefangenenlager Oerbke an Thyphus und wurde ins Krankenrevier nach Bergen-Belsen verlegt. Nach ihrer Genesung arbeitete sie dort als Sanitäterin und war Teil des „Hannoveraner Komitees“, eine antifaschistische Widerstandsorganisation von sowjetischen Kriegsgefangenen gegründet, die in Kontakt stand mit anderen Gruppen aus Gefangenen und Zwangsarbeiter:innen. Im Herbst 1943 änderte sich der formale Status von Antonia Konjakina. Aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, verpflichtete sie das Arbeitsamt Celle zur Zwangsarbeit in Unterlüß. Rheinmetall stellte sie als Reinigungskraft bei ihrem Betriebsarzt Bernhard Hartung ein. Ein wahrscheinlich guter Platz, ihre Widerstandstätigkeiten fortzusetzen und gleichzeitig Kranken zu helfen. Aber dies ist Spekulation. Sie wurde im April 1945 von der britischen Armee in Unterlüß befreit.<sup>34</sup>

## Widerstand

Es gab zu jeder Zeit des Einsatzes der Zwangsarbeiter:innen verschiedene Formen von Widerstand. Langsames Arbeiten, Streiks, Flucht, Sabotage und die Organisierung in kleinen und größeren Gruppen. In diesen Zusammenhängen waren oft Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Zum Teil auch Deutsche. Mancherorts bestand Kontakt zu anderen antifaschistischen Gruppen. Viele Überlebende berichten von konkreter Solidarität mit den jeweils Schwächeren, den in der rassistischen Hierarchie weiter unten Stehenden.

Aus den Rheinmetall-Standorten Sömmerda und Unterlüß sind die Flucht von sehr großen Gruppen von ukrainischen Zwangsarbeiterinnen dokumentiert. Im August 1942 fragte der Bürgermeister von Sömmerda in Thüringen beim dortigen

---

<sup>34</sup> Zwangsarbeit bei Rheinmetall z.B. KZ Tannenberg, Unterlüß. Hrsg. Rheinmetall entwaffnen-RheinMain, S. 28, <https://weg-der-erinnerung.solikom.de/de>  
<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/14997>  
 Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Bergen-Belsen, S.97

Rheinmetall-Werk nach den Gründen für die Massenflucht von 33 ukrainischen Zwangsarbeiter:innen.<sup>35</sup>

Laut der Unterlüßer Dorfchronik flüchteten im August und Oktober 1944 größere Gruppen, auch hier ukrainische Arbeiterinnen.<sup>36</sup>

Im Tegeler Werk:

„(...) begannen die russischen Frauen, aufgrund der mangelnden Ernährung, mehrfach zu streiken. Ein (betriebs-) internes Dokument beschreibt diese Streiks wie folgt: „Diese Fälle zeigten sich so, daß die Frauen sitzen blieben und bis zur Hergabe eines besseren Essens nicht zu bewegen waren, die Arbeit wiederaufzunehmen.“<sup>37</sup>

Niederländische Zwangsarbeiter, Arbeiter, Studenten und Kriegsgefangene, bauten verschiedene Fluchthilfenetzwerke auf. Mit Hilfe gefälschter Papiere oder versteckt in Eisenbahnwaggons konnten so Tausende ihre Arbeitsplätze in Deutschland verlassen. Einer der Fluchthelfer war Rinus van Galen, Zwangsarbeiter bei Alkett, einer Rheinmetall-Tochterfirma, deren Werk nahe dem Tegeler Werk in Berlin lag.

„Die meisten niederländischen Studenten hatten sich geweigert, die Loyalitätserklärung, welche die deutschen Besatzer vorgelegt hatten, zu unterschreiben. Nach der Weigerung wurden sie dann als Zwangsarbeiter nach Deutschland transportiert. Die geheime Organisation, (...) versuchte nun, diese Studenten mit falschen Papieren nach Hause reisen zu lassen. Aber nicht nur Studenten wurde geholfen, auch geflüchteten Kriegsgefangenen und anderen. Die Organisation (...) verfügte damals über fünf Fluchtstrecken. (...) Soweit mir bekannt ist, ist nur eine Strecke „aufgeflogen“, die vier übriggebliebenen Strecken konnten weiter funktionieren. (...) Meine Arbeit in der Widerstandsbewegung habe ich immer unauffällig gemacht. Als ich dann letztendlich trotzdem verhaftet wurde, geschah dies, weil sie mich verdächtigten, in der Fabrik sabotiert zu haben. Es wurden dort nämlich Panzer fahruntüchtig gemacht. Ich und viele andere haben sich daran beteiligt. Die

---

<sup>35</sup> N. Moczarski, B. Post, K. Weiß (Hrsg.) Zwangsarbeit in Thüringen 1940-1945, S.237

<sup>36</sup> J. Gedicke, a.a.O., Bd. 2, S.168

<sup>37</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.413

Deutschen haben mir das aber nicht nachweisen können. Der Vorwurf kostete mich jedoch wieder 3 Monate Konzentrationslager (...).<sup>38</sup>

Von den holländischen Studenten konnten auf diese Weise 2/3 der ursprünglich Deportierten bis Kriegsende flüchten.<sup>39</sup>

### Die Mannhart-Gruppe

Eine größere antifaschistische Berliner Gruppe, in der Deutsche wie auch ausländische Zwangsarbeiter:innen tätig waren, nannte sich Mannhart-Gruppe. Ihre deutschen Mitglieder waren unabhängige Sozialist:innen und Kommunist:innen. Die Widerstandsgruppe bestand von 1942 bis Kriegsende und überstand eine Verhaftungswelle. 13 Männer der Verhafteten wurden hingerichtet. Drei von ihnen waren französische Zwangsarbeiter. An sie erinnern Stolpersteine und eine Gedenktafel am historischen Eingangstor der damaligen Rheinmetall-Borsig-Fabrik in Tegel. Die betriebliche Widerstandsarbeit der Mannhart-Gruppe fand vor allem in diesem Werk statt. Als Mitglieder der betriebseigenen Baukolonne hatten sie Zugang zu allen Werksteilen. Sie verfassten und verteilten Flugblätter und sabotierten Bauvorhaben. Es bestand Kontakt zu französischen und sowjetischen Zwangsarbeiter:innen, von denen einige auch Teil der Gruppe waren. Alexander Kolbasan kam mit 16 Jahren nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 nach Berlin ins Tegeler Werk und arbeitete in der Baukolonne. Zitat: „Wir haben Flugblätter verteilt und auch selbst angefertigt. Also ich hatte z.B. übersetzt von deutsch auf russisch (...). Bei Ostarbeitern war (die Verteilung) (...) meistens meine Aufgabe. In der Bevölkerung wurden Sachen für die Zwangsarbeiter gesammelt und dann haben wir z.B. Flugblätter eingenäht. (...) Meistens war aufgerufen zum Widerstand gegen das Regime. Und die, die produziert haben in den Betrieben, sollten versuchen, so wenig wie möglich zu tun und so viel wie möglich Schaden zufügen. Z.B. wenn wir Betonflächen gegossen haben, wurde eine schwache Betonmischung genommen und wenn wir Maschinen vergossen haben, kam Papier in die Betonmischung, damit die Maschinen sich langsam wieder lösen.“<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Zur Arbeit gezwungen, R.S., D.O., J.M. (Hrsg.), S.183, S.187

<sup>39</sup> Zur Arbeit gezwungen, R.S., D.O., J.M. (Hrsg.), S.239

<sup>40</sup> B. Kasper, L. Schuster, C. Watkinson, Arbeiten für den Krieg, S.46

Neben der betrieblichen Widerstandsarbeit verteilte die Mannhart-Gruppe auch in Wohnvierteln Flugblätter, half untergetauchten Kommunisten, verfolgten Jüd:innen und sammelte im Rahmen der Roten Hilfe Geld für gefangene Antifaschist:innen.

Die Dokumentation antifaschistischer Widerstandsarbeit ist nicht einfach. „Von vielen Untergrundgruppen, den Zwangsarbeiter:innen und KZ-Häftlingen, fehlen sichtbare Zeichen ihres Widerstands – genau das ist das Dilemma der erfolgreichen Widerstandskämpfer:innen: sie wurden nicht entdeckt – ihre Urheber:innenschaft zum Beispiel bei Sabotageakten nicht erkannt. Ihre Namen tauchen in den Akten der Feinde nicht auf.“<sup>41</sup>

Bei vielen der gewählten Widerstandsaktionen war nicht sofort ersichtlich, dass es sich um Sabotage handelte. Eine zu schwach ausgeführte Schweißnaht an einer Panzerkette machte sich erst an der Front bemerkbar, die oben beschriebenen falschen Betonmischungen waren als solche schwer nachzuweisen. Die erhaltenen Akten der Gestapo zu antifaschistischen Aktionen sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Die erfolgten Aussagen von Verhafteten entsprachen selten den wirklichen Geschehnissen. Deshalb sind die Zeugnisse und Erzählungen der Überlebenden so wichtig. In Deutschland schuf erst die 1968er Bewegung den Raum, in dem antifaschistische Widerstandskämpfer:innen ihre Geschichte erzählen konnten. Im explizierten Bruch mit der Tätergeneration, die den Diskurs bis dahin fast vollständig bestimmte. Bei ihrer Recherche Anfang der 1980iger Jahre zu der Geschichte des Tegeler Rheinmetallwerkes machten die Autor:innen des Buches „Arbeiten für den Krieg“ folgende Erfahrung: Ein Überlebender, der zum Widerstand im Werk berichten wollte, zog seine Zusage für ein Interview kurzfristig zurück. Die Furcht vor Anfeindungen in der Nachbarschaft war zu groß. „(Ein Anderer) war so verbittert darüber, dass 40 Jahre lang sich niemand für seine Geschichte interessiert hat, dass er heute nicht mehr erzählen wollte.“<sup>42</sup>

---

<sup>41</sup> Zwangsarbeit bei Rheinmetall z.B. KZ Tannenberg, Unterlüß. Hrsg. Rheinmetall entwaffnen-RheinMain, S. 28

<sup>42</sup> B. Kasper, L. Schuster, C. Watkinson, a.a.O., S.35

## Werkschutz

Hauptakteur der betrieblichen Überwachung und Repression war der Werkschutz. Seine Stellung im Betrieb bekam ab Beginn des Faschismus immer mehr Gewicht. Geleitet wurde er im Betrieb von den sogenannten Abwehrbeauftragten. Der forcierte Aufbau des Werkschutzes seit 1933 erfolgte in enger Abstimmung mit der Gestapo, welche auch die Abwehrbeauftragten einsetzte. Auch wenn diese weiterhin als Angestellte von der jeweiligen Firma bezahlt wurden. Der Abwehrbeauftragte war die Schnittstelle zur Gestapo. Die Betriebsführungen hatten alle Berichte über staatsfeindliche Aktivitäten in den Unternehmen an die Gestapo zu melden. Diesen durch den Werkschutz und sein innerbetriebliches Spitzelsystem erlangten Informationen folgte dann die Untersuchung und gegebenenfalls weitere Repression durch die Gestapo. Für die Unternehmen hatte die enge Verzahnung mit der Gestapo den Vorteil, dass sie gerade bei Neueinstellungen die gesammelten Daten in den polizeilichen Ermittlungsakten einsehen konnten. Mit dem verstärkten Einsatz von Zwangsarbeiter:innen verschoben sich die Zuständigkeiten und der Werkschutz bekam immer mehr exekutive Vollmachten. Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) erklärte 1944 die Abwehrbeauftragten und die ihnen unterstellten Werkschutzeinheiten zuständig „für den gesamten exekutivmäßigen Schutz der Betriebe (...). In der Werkschutzverordnung von 1945 war dann folgerichtig vom Werkschutz als Organ der Gestapo die Rede, das die Aufgabe hatte, in den Betrieben gegen Spionage, Sabotage und vor allem Aufstände vorzugehen.“<sup>43</sup>

Das heißt, die Unternehmen ermittelten, urteilten und strafte im eigenen Hause. Härtere Fälle wurden der Gestapo übergeben, die die Arbeiter:innen in die ihr unterstellten Arbeits- und Erziehungslager (AEL) überwies. Für tageweise Haft unterhielten manche Unternehmen eigene Gefängnistraktate in den Werken. Mit der Zunahme der betrieblichen Zwangsarbeit von ausländischen Arbeiter:innen wuchs die Sorge in den Rüstungsunternehmen vor Sabotage und Aufständen. Gleichzeitig sollte die Produktion gesteigert werden, was eine Erhöhung des Arbeitsdrucks notwendig machte. Dies führte zu einer enormen personellen Aufstockung des Werkschutzes. Als weitere Aufgabe kam das an die Betriebe

---

<sup>43</sup>S. Jegielka, SS im Haus, Junge Welt vom 31.10.2019

angegliederte Lagersystem dazu. In den gefängnisartigen Lagern für sowjetische Zwangsarbeiter:innen stellte der Werkschutz die Wachmannschaften und meist auch die Lagerführung.<sup>44</sup>

Er war bewaffnet und meist mit lederüberzogenen Stahlruten ausgestattet.<sup>45</sup>

In ihm sammelten sich die linientreuen Nazis, meist SA-Angehörige. Im Unterlüßer Rheinmetallwerk gehörten 1933 alle Werkschutzmitglieder gleichzeitig auch der SA an.<sup>46</sup>

Die leitenden Posten wie die Abwehrbeauftragten nahmen oft SS Mitglieder ein, die vorher dort hauptamtlich tätig waren. Eine in den Augen der Unternehmen zu geringe Arbeitsleistung versuchten in vielen Fällen der Werkschutz und die Lagerführer durch Prügeln und Strafen anzuheben. Ein Bericht aus dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen Flick schilderte den Arbeitsalltag der Zwangsarbeiter:innen: „Regelmäßig wurde die Latrine kontrolliert. Dabei wurden die dort Sitzenden – viele von ihnen durch die Wassersuppen chronisch darmkrank – mit Fußtritten und Kolbenschlägen aufgejagt (...). Dabei schlug man ihnen Zähne ein und fügte ihnen blutige Wunden, vor allem am Kopf zu.“<sup>47</sup>

Die Erfahrungen mit sadistischen Lagerführern und Werkschutzleuten führte zu Kriegsende zur Tötung von einigen der besonders Verhassten durch Zwangsarbeiter:innen.

---

<sup>44</sup> Aus den Allgemeinen Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten vom 20.2.1942, Absatz V/b, [https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3\\_erl-ostakennz-sw.pdf](https://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/files/rd19-3_erl-ostakennz-sw.pdf)

<sup>45</sup> K. Drobisch, „Der Werkschutz“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965 Teil IV, S. 225 (s.a. die Abbildung eines solchen Schlagstockes, hier aus dem Zwangsarbeiter:innenlager Falkensee, in J. Haubold-Stolle, T. Kersting, C. Theune, C. Glauning, A. Riedle, F. Schopper, K. Wagner, A. Drecoll (Hrsg.), Ausgeschlossen, S.128

<sup>46</sup> J. Gedicke, a.a.O., S.70

<sup>47</sup> K.Drobisch, „Der Werkschutz“, Jahrbuch für W., 1965 Teil IV, S.235

## Die Arbeits- und Erziehungslager (AEL)

Die Arbeits- und Erziehungslager (AEL) werden auch als Konzentrationslager der Gestapo bezeichnet, weil sie nicht der SS, sondern der Gestapo unterstanden. Ursprünglicher Zweck und Bestimmung dieser Lager war die Disziplinierung der deutschen und ausländischen Arbeitskräfte. Um Arbeitsdruck und Leistung zu erhöhen, gingen Unternehmen gegen sogenannte „Bummelanten“ vor oder sanktionierten Fehlzeiten und Krankfeiern. Die Inhaftierung war zeitlich formell auf 56 Tage beschränkt und erfolgte nach der Meldung durch das Unternehmen an die Gestapo. Ein Gerichtsurteil gab es nicht. Die Inhaftierung hatte zwei Ziele: Die Einschüchterung und Brechung der jeweiligen Gefangenen und die abschreckende Wirkung, nachdem sie an ihre alte Arbeitsstätte zurückkehrten.<sup>48</sup>

Um dies zu erreichen, wurden die Haftumstände so gestaltet, dass die Gefangenen auch äußerlich vollkommen zerstört die AELs wieder verließen. Der holländische Zwangsarbeiter W.P. de Wit durchlitt das AEL Berlin Wuhlheide. Er beschreibt seine Rückkehr an seinen alten Arbeitsplatz wie folgt:

„Ich habe auch meinen Bruder besucht. Als ich bei ihm auf Arbeit kam, sagte jemand nach einer Weile zu ihm: „Willst du deinen Bruder nicht begrüßen?“ Er hatte mich also gar nicht wiedererkannt, so schlecht sah ich aus. Er fing an zu weinen: „Verdammt, was haben sie mit dir gemacht.“<sup>49</sup>

Sie mussten bei völlig unzureichender Ernährung hungern, die sanitären und hygienischen Bedingungen der Unterbringung machten sie krank und die Wachmannschaften prügeln ohne Unterlass. Die Lagerführer der AEL stellte die Gestapo, die Wachmannschaften rekrutierten sich aus Polizisten oder auch aus dem Werkschutz des Betriebes dem das AEL jeweils angeschlossen war. In Unterlüß wurde das Lager durch eine ukrainische SS-Hilfstruppe bewacht. Unter den Häftlingen stellten polnische und sowjetische Sklavenarbeiter:innen die mit Abstand größte Gruppe. Mit der explosionsartigen Zunahme der Zwangsarbeit erhöhte sich auch fortlaufend die Einrichtung neuer AEL. Diese wurden

---

<sup>48</sup> Erlass Himmlers vom 28.Mai 1941,  
<http://www.tenhumbergreinhard.de/taeter-und-mitlaeufer/dokumente/28051941.html>

<sup>49</sup> Zur Arbeit gezwungen, a.a.O, S.66



zunehmend direkt an den Betrieben eingerichtet. Das hatte den Effekt, dass die Unternehmen die eigenen Arbeitskräfte bei der Einweisung in das AEL nicht verloren. Außerdem erlangten sie so neue Arbeiter:innen, da die Häftlinge, die von anderer Stelle kamen, jetzt auch bei ihnen arbeiteten. Auch wenn es keine Belege dafür gibt, ist davon auszugehen, dass es wenigstens den Versuch gab, vorher z.B. in der Landwirtschaft eingesetzte Zwangsarbeiter:innen nach der Haft für die kriegswichtige Rüstungsindustrie zu verpflichten. Die enge Verzahnung der Gestapo mit den Unternehmen in Person des Abwehrbeauftragten ermöglichte eine reibungslose Abstimmung und Koordination. Als Haftgrund in einem AEL diente nicht nur das Verhalten am Arbeitsplatz, sondern bei Zwangsarbeiter:innen alle Verstöße gegen das strenge Regelwerk ihres Arbeitseinsatzes. Bei Deutschen waren es Widerstandshandlungen, aber auch das Erzählen eines regimekritischen Witzes. Ein Haftgrund, den es nur für Frauen gab, war das „liederliche Verhalten“. All dies spülte den Rüstungsfabriken neue Arbeitskräfte ins Werk.

Auch bei der Einrichtung des AEL beim Rheinmetall-Werk in Unterlüß muss davon ausgegangen werden, dass ein wesentlicher Beweggrund die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte war. Die Chronik des Dorfes Unterlüß datiert die Einrichtung des Lagers auf das Jahr 1943<sup>50</sup>. Es war Teil eines großen Lagerkomplexes am südlichen Rand des Werkes gelegen und laut den Angaben des damaligen Betriebsarztes von Rheinmetall „dem Werk angeschlossen.“<sup>51</sup> In dem Komplex befanden sich außer dem AEL ein Kriegsgefangenenlager für sowjetische Offiziere und das große sogenannte Männerlager III für polnische und russische Zwangsarbeiter. Getrennt durch weitere Zäune im Lagerkomplex selber. Es war gängige Praxis, besonders zu sichernde Bereiche zusammenzufassen. Das sparte Material und vor allem Wachmannschaften. Im AEL inhaftiert waren über 300 Personen. Männer und Frauen aller Nationalitäten. Alle waren krank, unterernährt, litten unter der schweren Arbeit und den Misshandlungen durch das Wachpersonal. Die Sterberate war extrem hoch. In den letzten Kriegstagen wurden Häftlinge, z.T. in Gruppen, hingerichtet und erschlagen. Belegt ist der Tod von

---

<sup>50</sup> J. Gedicke, a.a.O., S.170

<sup>51</sup> B. Hartung, Durch Licht und Finsternis, S.246

mindestens 19 Menschen in den letzten zwei Monaten des Bestehens des Lagers.<sup>52</sup>

Die Zwangsarbeiterin Taijsija G. erinnert sich:

„(...) wurde ich zum Betrieb Borsig in der Siedlung Unterfluß übergeführt. Dort arbeitete ich 2 Jahre. Nachdem lief ich fort und arbeitete im Dorf Bilm (beim) Wirt herr Bartels. Aber man fing mir und warf ins Gefängnis. Ich war dort 2 Monate und dann wurde ins Straflager übergeführt. Das Lager befand sich im Wald neben der Siedlung Unterfluß.“<sup>53</sup>

Es kam gerade gegen Kriegsende häufig vor, dass Zwangsarbeiter:innen innerhalb Deutschlands flohen. Sie verließen ihre Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie mit den katastrophalen Lebensbedingungen und die Städte wegen der alliierten Luftangriffe.

## **Säuglingsheime**

Anders als ihre Bezeichnung vermuten lassen, waren die Säuglingsheime und die so genannten „Ausländerkinder Pflegestätten“ tödliche Institutionen im System der Zwangsarbeit. Während in der ersten Hälfte des Krieges schwangere Zwangsarbeiterinnen zur Entbindung nach Hause fahren durften, änderte sich dies ab 1943, allerdings nur für Frauen aus Polen und der Sowjetunion. Ihre Arbeitskraft sollte weiterhin zur Verfügung stehen. Sie wurden zur Abtreibung aufgefordert, was zu diesem Zeitpunkt für deutsche Frauen die Todesstrafe nach sich ziehen konnte. Außerdem wurden einfachste Entbindungsstationen und Säuglingsheime eingerichtet. Diese waren oft direkt, wie auch in Unterlüß, an die großen Betriebe angeschlossen. So konnten die Mütter kurz nach der Entbindung wieder zur Arbeit gezwungen werden. Genau genommen nach spätestens 16 Tagen. Die Kinder wurden nach einer kurzen Stillzeit in „Ausländerkinder-Pflegestätten“ gebracht, wo die meisten entweder verhungerten oder an den hygienischen Bedingungen zugrunde gingen. Die Sterberaten lagen zwischen 50 und 90 %. In Unterlüß nahm die Firma Rheinmetall in Absprache mit staatlichen Behörden 1944 ein Säuglingsheim in Betrieb. Für die polnischen und sowjetischen

---

<sup>52</sup> J. Gedicke, a.a.O., S.172

<sup>53</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.403

Frauen des eigenen Betriebes, aber auch Zwangsarbeiterinnen, die vorher an anderen Orten eingesetzt waren. „Der Konzern machte dem Regierungspräsidium dieses Angebot aus dem Bestreben heraus, auf diesem Wege weitere (...) Arbeiterinnen für die eigene Produktion gewinnen zu können.“<sup>54</sup>

Die Studie von Raimond Reiter zu „Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg“ schreibt über das Säuglingsheim:

„(dass) die Zustände im Hinblick auf die fast 50 von der Firma gemeldeten untergebrachten Kinder katastrophal (...) seien.“<sup>55</sup>

Ernährungsmängel, Überbelegung und fehlendes Material. Nach den Recherchen des Historikers Nils Köhler starben mindestens 59 Kleinkinder in den Lagern von Unterlüß bis März 1945. Auch hier war die Sterberate von Kindern sowjetischer Zwangsarbeiterinnen mit Abstand am höchsten (40 von 59). Außerdem starben 16 polnische, 2 serbische und ein kroatisches Kind.<sup>56</sup>

Laut dem „Heimatgeschichtlichen Wegweiser“ waren es zwischen 1943 und 1945 62 gestorbene Kinder in Unterlüß und weitere 5 Säuglinge, deren Mütter im Rheinmetallwerk arbeiten mussten, die in die „Ausländerkinderpflegestätte“ nach Nienhagen-Papenhorst gebracht und dort ermordet wurden.<sup>57</sup>

Der Luftangriff auf Unterlüß am 4. April 1945 traf auch das nahe dem Werk gelegene Säuglingsheim. Seinen Bewohnerinnen war es wie allen Zwangsarbeiter:innen verboten, Luftschutzbunker aufzusuchen. Die Ortschronik schreibt von 12 Frauen und 57 Kindern, die so starben, und beruft sich dabei auf die Angaben des Küsters der katholischen Kirchengemeinde.<sup>58</sup>

Ein Teil der Kinder wurde auf dem Unterlüßer Friedhof begraben. Auf sie weisen Grabsteine mit der rassistischen Beschriftung Russenkinder oder Polen Kinder hin. Rainer Vogeler, damals stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Südheide, sagte 2017 dazu:

---

<sup>54</sup> N. Köhler, a.a.O., S. 264

<sup>55</sup> R. Reiter, Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg, S. 163

<sup>56</sup> N. Köhler, a.a.O., S. 266

<sup>57</sup> Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945, Niedersachsen I, S. 77/78

<sup>58</sup> J. Gedicke, a.a.O., Bd. 2, S. 169/176

„Schließlich handelt es sich um ein Zeitzeugnis der 1950er Jahre. Damals bezeichnete man die Grabstellen als Russen-Gräber.“<sup>59</sup> Die Zahlenangaben auf dem Friedhof über dort begrabene Kinder und die Opferzahlen des Luftangriffs sowie der zuvor gestorbenen Kinder passen nicht zusammen. Es ist davon auszugehen, dass am Ort des zerstörten Säuglingsheims bis heute menschliche Überreste verscharrt sind.

### **Der Einsatz von KZ-Häftlingen im System der Zwangsarbeit**

Auf der untersten Stufe der Hierarchie im System der Zwangsarbeit standen die KZ-Häftlinge. An 9 Standorten beschäftigten die Rheinmetallwerke und ihre Tochterfirma Alkett über 7000 von ihnen.

Der Arbeitseinsatz von Häftlingen und die Einrichtung von KZ-Außenlagern bei Rheinmetall erfolgte analog zu anderen Rüstungsbetrieben. Die für die notwendige Steigerung der militärischen Produktion benötigten Arbeitskräfte sollten ab 1942 auch aus den Gefangenen der SS in den Konzentrationslagern rekrutiert werden. Zu Anfang beharrte die SS darauf, nicht die Verfügungsgewalt über die Häftlinge zu verlieren. Deshalb sollten die Rüstungsunternehmen in den KZ-Hauptlagern Produktionsstätten aufbauen. Dies scheiterte bis auf wenige Beispiele, wie das Siemenswerk in Ravensbrück, am Widerstand der Industrie. Der Aufbau einer neuen Fertigung mit den notwendigen Maschinen und Anlagen war sehr aufwendig; gleichzeitig wussten die Unternehmen von dem Interesse der SS, selber in die Rüstungsproduktion einzusteigen. Die KZ-Hauptlager waren das Terrain der SS. Die grundsätzliche Entscheidung für den Aufbau von Außenlagern bei privaten Firmen fiel dann Ende September 1942. Rüstungsminister Albert Speer überzeugte in einer Besprechung Hitler davon, die Vorgabe in den Hauptlagern produzieren zu lassen aufzugeben.<sup>60</sup>

Gleichzeitig verstärkte die SS 1942 den Arbeitseinsatz von Häftlingen in eigenen Arbeitskommandos und Betrieben. Das hatte zur Folge, dass Sklavenarbeit durch KZ-Häftlinge in der Öffentlichkeit sichtbar wurde. Ende Januar 1943 kapitulierte die 6.

<sup>59</sup> Cellesche Zeitung vom 10.2.2017

<sup>60</sup> s.a. M. Buggeln, Das System der KZ-Außenlager, S. 32

deutsche Armee in Stalingrad. Ab diesem Winter war die Wehrmacht an allen Fronten auf dem Rückzug. Der NS-Staat versuchte jetzt, mit allen Mitteln eine weitere Steigerung der Rüstungsproduktion zu erzielen. Dieser sollten alle nötigen Ressourcen zukommen. Arbeitskräfte wie auch Rohstoffe. Am 4. Februar 1943 wurden die nicht kriegswichtigen Betriebe geschlossen und wenig später erklärte Goebbels in seiner Sportpalastrede den „Totalen Krieg“. Immer mehr tote deutsche Soldaten mussten ersetzt werden und für ihre Arbeitsstellen in Deutschland Zwangsarbeiter:innen rekrutiert werden. Im Laufe des Jahres 1943 verschleppte die Wehrmacht auf ihrem Rückzug im Osten noch einmal Abertausende und auch aus den im Westen okkupierten Ländern deportierte sie weitere Arbeitskräfte. Dies führte dort zu einem Anwachsen des Widerstandes, weshalb im Laufe des Jahres davon Abstand genommen wurde.<sup>61</sup>

Im Frühjahr 1944 griffen dann NS-Staat und Rüstungsunternehmen verstärkt auf das letzte große Arbeitskräftereservoir zurück, die KZ-Häftlinge. Diese sollten unter anderem die neuen Bauvorhaben und Rüstungsanstrengungen realisieren, die die NS-Kriegsstrategen als Antwort auf die alliierten Luftangriffe planten.

Im Laufe des Krieges verloren die Deutschen die Lufthoheit und es gelang den Alliierten, immer tiefer im Reichsgebiet Angriffe zu fliegen. Als erste Reaktion verlegten die Rüstungsunternehmen ihre Produktion in die Mitte Deutschlands. Auch Rheinmetall lagerte so Teile seiner Werke aus und erweiterte gleichzeitig die Fertigung. All dies geschah unter strenger Geheimhaltung. Den ausgelagerten Werksteilen gab die Konzernleitung Tarnbezeichnungen, auch am Telefon war es verboten, die eigentlichen Eigentümer zu nennen. Ab Frühjahr 1944 planten verschiedene gemeinsame Koordinationsstäbe aus Vertretern des NS-Staates und der Rüstungsindustrie die Untertage-Verlagerung der Fertigung und den Bau riesiger Bunker. Einer dieser Gruppen war der sogenannte Jägerstab. Gegründet nach alliierten Luftangriffen auf Flugzeugwerke, sollten jetzt Abfangjäger in unterirdischen Produktionsstätten gebaut werden. Die Arbeits- und häufig auch Lebensbedingungen in den Höhlen und Bergwerken waren tödlich. Die Sterberaten enorm hoch. Für diese Projekte wie auch die bestehende Rüstungsproduktion wurden in großer Zahl Häftlinge eingesetzt. Ab Frühjahr 1944 explodierte der Bau von neuen KZ-Außenlagern, die jetzt wie von der Industrie gewünscht direkt an

---

<sup>61</sup> s.a. M. Buggeln, a.a.O., S.74

den Betrieben errichtet wurden. Wie aus den Zeugenaussagen von Auschwitz Kommandant Rudolf Höß und den verantwortlichen SS-Leuten aus dem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) deutlich wird, wurde keine Firma zum Einsatz von KZ-Insassen gezwungen. Ganz im Gegenteil musste dieser angefordert werden und durchlief dann ein aufwendiges Prüfungsverfahren. Infrage kamen auch nur sehr große Betriebe, weil die Häftlinge in der Regel nur in Gruppen von mindestens 500 Personen abgegeben wurden.<sup>62</sup> Der Ablauf des Prüfungsverfahrens, der Aufbau der KZ-Außenlager nahe den Betrieben, die Selektion der Arbeitskräfte und der Einsatz in den Betrieben war immer derselbe und folgte einem strengen Regelwerk. Dazu später mehr am konkreten Beispiel des KZ-Außenlagers in Unterlüß.

Die Unternehmen hatten für die Häftlinge einen geringen Betrag an die SS abzuführen und die damit verbundenen Steuern in der jeweiligen Gemeinde, die damit in die Ausbeutung eingebunden war. Von der SS ist eine Berechnung der Wirtschaftlichkeit des Verleihs ihrer Gefangenen dokumentiert:

„Täglicher Verleihlohn	RM	6,00
abzügl. Ernährung	RM	0,60
Bekleidungsamortisation	RM	0,10
Verbleiben	RM	5,30

ergibt einen Gewinn aus Verleih von RM 1431

Erlöse aus rationeller Verwertung der Leiche  
(1. Zahngold, 2. Kleidung, 3. Wertsachen, 4. Geld)

abzügl. Verbrennungskosten RM 2,-

durchschnittl. Nettogewinn RM 200

Gesamtgewinn nach neun Monaten RM 1631

zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung<sup>63</sup>

Der Verfasser dieser furchtbaren Berechnung schönte allerdings die Zahlen. Der von den Unternehmen zu zahlende Tagessatz von 6 Reichsmark für einen Häftling war nicht die Regel, sondern lag oft

<sup>62</sup> Benjamin B. Ferencz, Lohn des Grauens, S. 274 und Zitate von Höß und Sommer in dem Begleitheft zur Ausstellung Zwangsarbeit bei Rheinmetall, S. 26

<sup>63</sup>T. Kuczynski, Brosamen vom Herrentisch, S.107

darunter. Er wurde nur für Facharbeiter gezahlt. Für Hilfskräfte betrug er 4 Reichsmark.

Für jeden Arbeitstag gab es ein vom Betrieb und dem zuständigen SS-Führer auszufüllendes Formular, auf dem die Zahl der eingesetzten Gefangenen und des Wachpersonals dokumentiert war. Zusätzlich verfassten die Betriebe monatliche Berichte über den Arbeitseinsatz für die Kommandantur des zuständigen Konzentrationslagers. Wie viele Häftlinge zu welchen Arbeiten eingesetzt wurden, wie viele Arbeitstage und -stunden sie leisteten, und welche Arbeiten für den nächsten Monat geplant waren. Auch beurteilten die Werke die Arbeitsleistung der Gefangenen, die sie in einer Art Index angaben. Dazu ein Zitat aus dem Bericht des Arbeitseinsatzingenieurs einer Erdöl Raffinerie an die Kommandantur in Auschwitz:

„Die Leistung der Häftlinge beträgt unter Zugrundelegung des Faktors 1,0 für deutsche Arbeiter höchstens 0,45-0,50. (...) Eine Leistungssteigerung kann nur dadurch erzielt werden, wenn die Häftlinge von den Blockführern, Wachmannschaften und Kapos rücksichtslos angetrieben werden.“<sup>64</sup>

Ein wesentlicher Faktor für die Betriebe in ihrer Rentabilitätsrechnung war der Status der Häftlinge. Sie arbeiteten als Leiharbeiter:innen im Unternehmen. Sie konnten so sehr flexibel eingesetzt werden und drückten das Lohnniveau.<sup>65</sup>

## **Bergen-Belsen**

Während der Kriegsvorbereitungen in den 1930iger Jahren nahm die Wehrmacht einen riesigen Truppenübungsplatz in der Lüneburger Heide in Betrieb, neben dem sie in Bergen-Hohne einen großen Kasernenkomplex errichtete. Nach dessen Teil-Fertigstellung 1938 standen die südlich der Kasernen gelegenen Bauarbeiterbaracken leer. Diese wurden ab Juli 1940 als Kriegsgefangenenlager genutzt und von einem Arbeitskommando aus französischen und belgischen Kriegsgefangenen bezogen. Bis Ende 1941, nach dem Überfall auf die Sowjetunion, brachte die

---

<sup>64</sup> Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hrsg.), Deutsche Wirtschaft, Dokument 7b, S.119

<sup>65</sup> s.a. M. Buggeln, a.a.O., S.58/59

Wehrmacht 21.000 russische Kriegsgefangene nach Bergen Belsen. Für die Versorgung und Unterbringung einer solchen Anzahl von Personen gab es keine Infrastruktur. Die Gefangenen wurden auf einer umzäunten freien Fläche ausgesetzt und mussten sich Erdhöhlen mit ihrem Essgeschirr graben. Sie verhungerten, erfroren und starben an Krankheiten aufgrund fehlender hygienischer und medizinischer Versorgung. Zwischen 1941 und 1945 starben 20.000 sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen, der Großteil zu Beginn. Ihre systematische Ermordung war Teil der Kriegsführung im Osten. Der Hunger- und Vertreibungsplan für den westlichen Teil der Sowjetunion rechnete mit 30 Millionen Toten. In der faschistischen Rasseideologie standen Slawen weit unten in der Hierarchie. Die dort geraubten Nahrungsmittel sollten Wehrmachtssoldaten und deutscher Bevölkerung zu Gute kommen. Analog zum sogenannten Kommissarbefehl für die Frontsoldaten wurden auch in den Lagern Selektionen durchgeführt. Vermeintliche oder echte kommunistische Politkommissare und jüdische Menschen erschoss die SS im KZ Sachsenhausen. Die Wachmannschaften im Kriegsgefangenenlager stellten ältere Wehrmachtsangehörige aus der näheren Umgebung. Die Zustände im Lager und die Leichenberge waren auch für Außenstehende gut einsehbar. Von dieser Situation wurden viele private Fotos gemacht, die zum Teil in den nahegelegenen Orten von Photographen als Postkarten vervielfältigt wurden. Eine ähnliche Praxis gab es im Kriegsalltag der Wehrmacht im Osten. Deutsche Soldaten sammelten und tauschten, nicht nur die von ihnen selbst aufgenommenen, Bilder des Mordens. Während die europäischen Jüd:innen in die östlichen besetzten Gebieten zur Vernichtung transportiert wurden, fand im Herbst 1941 ein öffentlicher Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen statt. Der NS-Staat setzte auf den Antikommunismus und Rassismus der deutschen Bevölkerung.

Michail Lewin, geboren 1922, kam als sowjetischer Kriegsgefangener im Oktober 1941 nach Bergen-Belsen. Zitat: „Der Winter 1941/1942 war sehr hart. Es war einer der kältesten Winter überhaupt. Da begann das große Sterben, das Massensterben. Es grassierten Typhus und Ruhr, und es herrschte Hunger, völlige Entkräftung. Der Körper wurde nicht einmal mehr mit der leichtesten Erkrankung fertig, und die Menschen starben. Hunderte wurden täglich mit den Karren weggebracht.“<sup>66</sup>

---

<sup>66</sup> Bergen-Belsen, Katalog der Dauerausstellung, S.62



Mit der Änderung des Kriegsverlaufs und den militärischen Rückschlägen an der Ostfront kam ein Umdenken. Die Kriegsgefangenen wurden jetzt als Arbeitskräfte gebraucht, weil immer mehr Deutsche an die Ostfront mussten. Bergen-Belsen und die drei umliegenden Kriegsgefangenenlager unterhielten ab Mitte 1941 1500 Arbeitskommandos in Industrie, Straßenbau und Landwirtschaft. 1943 übernahm die SS große Teile des Lagers und machte es, bis auf den Lazarettbereich für Kriegsgefangene, zum Konzentrationslager.

Ab Mitte 1944 trafen umfangreiche Häftlingstransporte ein, unter anderem polnische und ungarische Jüdinnen, die in Auschwitz zur Zwangsarbeit selektiert wurden. Aus diesem Grund und auf dem gleichen Weg erreichten auch die Schwestern Margot und Anne Frank im Oktober 1944 Bergen-Belsen. Sie wurden nicht mehr zur Arbeit in einem Außenlager eingesetzt und starben im März 1945 in Bergen-Belsen. Schon im Winter 44/45 waren die Zustände in Bergen-Belsen so katastrophal, dass in den letzten drei Monaten bis zur Befreiung am 15. April 1945 durch die britische Armee 35.000 Menschen starben. An Krankheiten, Unterernährung und Erfrierung. Ursache war die fehlende Versorgung durch die SS-Lagerleitung. Weitere 13.000 starben in den folgenden Wochen, weil ihnen trotz der nun erfolgten medizinischen Versorgung nicht mehr zu helfen war. Bergen-Belsen hatte als Konzentrationslager keine speziellen Tötungseinrichtungen wie andere KZ. Die Bedingungen in den letzten Monaten vor der Befreiung machten das Lager selbst zur Tötungseinrichtung.

### Die KZ-Außenlager von Bergen-Belsen

Das sog. Tannenberglager von Rheinmetall-Borsig war eins von insgesamt drei Außenlagern des KZ Bergen-Belsen. Ein weiteres Außenlager lag in Bomlitz-Benefeld und bestand von Anfang September 1944 bis Mitte Oktober 1944. 600 polnische Jüdinnen mussten hier in einer Schießpulverfabrik arbeiten und Bauarbeiten verrichten. Im dritten Außenlager in Hambühren-Ovelgönne errichteten ungarische und polnische Jüdinnen unterirdische Produktionsstätten für Flugzeuge. Ein Projekt des sogenannten Jägerstabes. Andere arbeiteten für die Firma Hochtief im Gleisbau. Dieses Lager wurde zeitgleich mit dem Tannenberglager Ende

August 1944 eröffnet, aber schon Anfang Februar 1945 geschlossen.

### **Planung und Einrichtung eines KZ- Außenlagers**

Das KZ-Außenlager „Tannenberg“ in Unterlüß lag abseits im Wald auf einem Gelände, was auch heute noch der Firma Rheinmetall gehört. Bevor ab Mitte 1944 die ersten KZ-Häftlinge eintrafen, waren dort italienische Kriegsgefangene untergebracht. Auch sie mussten Zwangsarbeit bei Rheinmetall leisten. Wie im Abschnitt zum Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen schon kurz beschrieben, waren Abläufe und Regelwerk des Einsatzes immer gleich. Folgend soll dies am Beispiel des KZ Außenlager „Tannenberg“ beschrieben werden. Auch wenn sich also nicht alle Einzelheiten belegen lassen, ist davon auszugehen, dass es analog zu den anderen Einsätzen von KZ-Häftlingen funktionierte.

Als Erstes erfolgte die Anforderung von Arbeitskräften durch die jeweilige Firma, in diesem Fall also Rheinmetall. Sie wurde an das Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA) gestellt, eine Behörde, die der SS unterstand und das System der Konzentrationslager organisierte. Diese entschied, ob der Anfrage grundsätzlich stattzugeben sei. Im nächsten Schritt kamen dann der Kommandant des zuständigen KZ-Hauptlagers und sein Arbeitseinsatzführer an den künftigen Einsatzort der Häftlinge, also hier das Rheinmetallwerk in Unterlüß. Sie inspizierten die Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten und die Art der Beschäftigung. Als letzter Schritt in diesem Prüfverfahren musste jetzt noch der Chef des WVHA, SS-Mitglied Oswald Pohl, zustimmen. Lag seine Genehmigung vor, begannen die baulichen Maßnahmen.

Ein KZ-Außenlager hatte strengen Sicherheitsvorschriften zu genügen. Dokumentiert ist dies z.B. für den Bau des Lagers in Siemianowitz, eingedeutscht nach dem Überfall auf Polen in Laurahütte. 40 Kilometer entfernt vom Hauptlager Auschwitz errichtete Rheinmetall hier 1943 ein Außenlager auf seinem Werksgelände. Der Betrieb baute Unterkünfte für die SS-Wachmannschaften Wachtürme und zog Stacheldrahtzäune, die man an das Starkstromnetz anschloss.<sup>67</sup>

---

<sup>67</sup> s.a. C. Leitzbach, a.a.O., S.420/21

In Unterlüß richtete Rheinmetall das Außenlager im vorhandenen Kriegsgefangenenlager in Altensothrieth ein. So dass auf schon bestehende Infrastruktur wie Baracken zurückgegriffen werden konnte. Es war ein Lager im Lager. Andere Teile wurden laut den Berichten der Überlebenden weiterhin für französische und sowjetische Kriegsgefangene genutzt. Ein Problem bei der Einrichtung der Lager waren der Mangel an Wachpersonal. Ergänzend zur SS wurden vielerorts weibliche Betriebsangehörige Teil der Aufsicht in den Konzentrationslagern. Z.B. in den Frauen-Außenlagern an den Rheinmetall-Standorten in Breslau-Hundsfeld, Sömmerda und Fürstenberg (Oder). Die firmeneigene Chronik von Rheinmetall schreibt dazu:

„Dass weibliche Betriebsangehörige die Aufsicht in den KZ-Außenlagern übernahmen, scheint allgemeine Praxis gewesen zu sein, wenn Firmen sich um die Zuweisung von Häftlingen bemüht hatten und für diese Lager eingerichtet wurden.“<sup>68</sup>

Es ist also davon auszugehen, dass auch für das Tannenberglager Frauen aus dem Unterlüßer Rheinmetallwerk für die Wachmannschaften angeworben wurden. Sie wurden dann zu einem 2-wöchigen Lehrgang in das Frauen-KZ Ravensbrück geschickt. Hier fand die Schulung zur KZ-Wächterin als SS-Hilfstruppe statt. Gummiknüppel und Uniformen stellte die SS.<sup>69</sup>

Die weiblichen Hilfskräfte der SS stellten die Wachmannschaften im Inneren der Frauen-Außenlager. Mit der enormen Ausweitung der Anzahl an Außenlagern ab 1944 gab es auch für den äußeren Bereich ein Personalproblem. So begann die SS, im Wachdienst auch ältere Wehrmachtssoldaten einzusetzen. Dies ist auch für das Lager in Unterlüß durch Aussagen Überlebender belegt. Sie begleiteten schon ihren Transport aus Auschwitz dorthin. Unter ihnen gab es laut der Überlebenden Charlotte Braun welche, die sich menschlicher verhielten:

„Ein paar solcher Soldaten waren gut zu uns, sie gaben uns von ihren Paketen, ihrem Brot und kümmerten sich um unsere Kranken...“ (Degob-Protokoll Nr.1984).

---

<sup>68</sup> C. Leitzbach, a.a.O., S.420

<sup>69</sup> B. Ferencz, Lohn d. Grauens, S.128

Der Einsatz von Wehrmachtssoldaten in den Wachmannschaften der Konzentrationslager ist heute noch wenig thematisiert und erforscht.

War das Lager auf oder nahe dem Betriebsgelände fertig und das Wachpersonal vollständig, fuhren Vertreter der jeweiligen Firma in das zuständige KZ und suchten sich dort die Häftlinge aus: „Dabei ging es häufig wie auf antiken oder mittelalterlichen Sklavenmärkten zu: Die Häftlinge, Männer wie Frauen, standen nackt vor den Industrievertretern, die sich das Gebiss zeigen ließen.“<sup>70</sup>

Ein bei Rheinmetall zuständiger Vertreter für die Arbeitskräftebeschaffung war ein Herr Möller, der zugab, wiederholt Reisen in Konzentrationslager unternommen zu haben, um geeignete Arbeiter:innen auszuwählen.<sup>71</sup>

### **Der Weg der jüdischen Frauen. Aus den Ghettos, über Auschwitz nach Unterlüß**

Zwei große Gruppen von Mädchen und Frauen stellten den Großteil der Häftlinge im Rheinmetalllager. Ihr Weg dorthin soll im Folgenden nachgezeichnet werden. 300 polnische Jüdinnen kamen aus dem Ghetto in Łódź und 500 jüdische Frauen aus den 1940 von Ungarn besetzten Gebieten. Auch sie wurden vor der Deportation in Ghettos gezwungen. Diese mit Stacheldraht eingezäunten Stadtviertel waren Orte, in denen Jüd:innen inhaftiert wurden, bevor sie in die Vernichtungslager kamen.

Das Ghetto in Łódź, eine polnische Stadt, die die Deutschen nach der Besetzung in Litzmannstadt umbenannten. Dorthin deportierte man die Hamburger Jüdin Lucille Eichengreen 1941. Sie beschreibt ihre Ankunft im Ghetto:

„Der Zug hielt an. Es gab keinen Bahnsteig, keinen Bahnhof. Statt dessen SS und jüdische Ghettopolizei. (...) Balut war ein kleiner Stadtteil und von Stacheldraht umgeben. Rot-weiße Wachhäuschen standen an den Eingängen; die deutschen Soldaten liefen mit geschulterten Gewehren auf und ab und beobachteten jede unserer

---

<sup>70</sup> M. Spoerer, Zwangsarbeit im Dritten Reich, S.21

<sup>71</sup> B. Ferencz, a.a.O., S. 190

Bewegungen. Wir sahen einige Ghettobewohner (...). Die ausgemergelten Männer und Frauen schenkten uns wenig Beachtung. Wir wussten nicht, (...) dass sie das Ghettoleben bereits seit 1940 ertrugen (...und) Ankömmlinge wie uns (...) schon oft gesehen hatten. Ebenso wenig ahnten wir, dass die meisten von ihnen in Fabriken arbeiteten, die Waren für die Deutschen herstellten. Vom ersten Tag an war unser Ghettodasein bestimmt von Hunger, Typhus, Ungeziefer und Hilflosigkeit. (...) Meine Mutter verhungerte in Łódź. Karin, meine kleine Schwester, wurde von hier aus deportiert und ermordet. Das Ghettofeld auf dem Friedhof besteht aus mehr als 45.000 unmarkierten Gräbern (...).<sup>72</sup> Lucille Eichengreen, geborene Cecilie Landau, überlebte das Ghetto in Łódź, die Selektion in Auschwitz, ein KZ-Außenlager von Neuengamme und das Inferno zu Kriegsende in Bergen-Belsen. Łódź war eines der Zentren für Zwangsarbeit in Polen. Neben den jüdischen Menschen des Ghettos arbeiteten auch die anderen Einwohner:innen in den deutschen Fabriken. Auch Rheinmetall ließ hier im ersten Halbjahr 1944 Waffen fertigen.

Angesichts des Vormarsches der Roten Armee wurde das Ghetto in Łódź im August 1944 geräumt und die verbliebenen Menschen nach Auschwitz deportiert. Zu diesem Zeitpunkt waren im Ghetto nur noch arbeitsfähige Menschen und Funktionsträger. Alle anderen, die Kinder und älteren Menschen, waren bereits in Chelmino ermordet worden. In Auschwitz angekommen fand dann eine weitere Selektion statt. Aus der Gruppe der Frauen, die diese überlebten, stammen die 300 polnischen jüdischen Häftlinge, die Ende August Unterlüß erreichten.

„Die Frauen trafen (...) ohne Gepäck, nur unzureichend gekleidet, barfuß und mit kahlgeschorenen Köpfen ein (...).“<sup>73</sup>

### Die ungarischen Jüdinnen

Die andere, noch etwas größere Gruppe von Frauen, die in das Tannenberglager kamen, waren Jüdinnen aus dem Deportations- und Vernichtungsprogramm für Ungarn und die von ihm besetzten Gebiete. Im Sommer 1945, also kurz nach ihrer Befreiung und Rückkehr, wurden überlebende Häftlinge in Ungarn interviewt. Die

---

<sup>72</sup> L. Eichengreen, *Frauen und Holocaust*, S.29/30

<sup>73</sup> N. Köhler, a.a.O., S.52

sogenannten Degob-Protokolle (<http://degob.org/>). Sie gaben Auskunft über die Stationen ihrer Deportation und die Bedingungen ihrer Haft. Die folgenden Zitate stammen aus den Protokollen der Befragungen von Überlebenden aus Unterlüß und zeichnen ihren Weg aus Ungarn über Auschwitz in das Rheinmetallager nach. Aus dem Bericht von Ilon Goldberger, Näherin, geboren 1922: „Als meinem Vater durch die Ungarn das Produktengeschäft entzogen wurde, arbeiteten wir drei Geschwister (...). So ging es bis zum Einrücken der Deutschen. Vier Wochen später mussten wir ins Ghetto. Leben konnten wir eben, man wurde aber sehr geschlagen. (...) Wir lebten in großer Enge. Eines Morgens in der Frühe mussten wir in die Ziegelei gehen; den Weg durch die Stadt mussten wir im Laufschrift zurück legen; wer nicht konnte wurde erschossen. (...) Der Polizeihauptmann schwang die Hundepeitsche auf uns los, und die ungarischen Soldaten riefen aus: „Darauf haben wir gewartet!“. Auf dem Wege gab es neun Tote. (...) In den drei Tagen, die wir in der Ziegelei verbrachten, mussten die Männer mit Ziegelsteinen in den Händen exerzieren.“ (Degob-Protokoll Nr. 1757)

Aus der Befragung von Frieda Eisenstädter, geboren 1898: (In der Ziegelei) „wurden wir noch zwei Tage gequält und ausgeraubt, dann wurden wir in die Waggons gepresst. Es waren normal große Viehwaggons, wir waren 105 Personen auf diesen kleinen Raum gedrängt. Der Weg war ganz fürchterlich und schien nie enden zu wollen. (...) Drei Tage sind eine lange Zeit ohne Wasser (...) In Auschwitz angekommen begann die Selektion. Eine Handbewegung des Deutschen verurteilte Einen zum Tod oder Leben. Ich weiß nicht, welches die größere Strafe war. Die Größte war aber unbedingt die Trennung der Familien. Da wir sehr bald die unheimlichen Flammen sahen, erkundigten wir uns sofort, welchen Ursprungs sie waren. Die Antwort, die wir bekamen war so überwältigend, dass wir sie gar nicht glauben wollten.“ (Degob-Protokoll Nr. 2238).

Frau L. S., sie ist 18 ½ Jahre alt, als sie in Auschwitz eintrifft: „In Birkenau angekommen wurden wir getrennt und desinfiziert. Wir wurden vor den Männern vollständig entkleidet und rasiert und alle unsere Bekleidung wurde uns abgenommen. (...) Wir wurden in eine Baracke gebracht. Dort waren wir 1000. Zu 14 schliefen wir in einer Koje, wie Heringe zusammengepfercht. (...) Im Morgengrauen kam die Blockwartin herein und weckte uns, in dem sie einen Eimer Wasser auf die Koje schüttete. Wir mussten (uns) tropfnass zum Appell in den kalten Regen stellen. Nach drei Monaten fing die Auswahl für die Arbeit an, doch wir wurden ständig mit der

Vernichtung erschreckt. Schließlich wurde auch ich für einen Arbeitstransport ausgewählt und kam nach Unterlüß.“ (Degob-Protokoll Nr. 375)

Benjamin Ferencz, Ankläger in den Nürnberger Prozessen schreibt: „Kommandant Höß erklärte, dass ungefähr 400000 ungarische Juden allein in Auschwitz im Sommer 1944 getötet worden waren. Die Krematorien waren der Flut von toten Körpern nicht gewachsen. Die jüngeren, die gesund aussahen, wie z.B. Tausende von ungarischen Mädchen, schickte man in die deutschen Betriebe. Die SS lud Vertreter der Rüstungsindustrie zu einem Besuch ein, damit sie sich Arbeitskräfte aussuchten und gleich mitnahmen. Es wurde empfohlen, sie in „Schüben von jeweils 500“ abzuholen.“<sup>74</sup> Und das taten sie dann auch. Zum Beispiel VW. Im Auftrag von Werksleiter Porsche selektierte ein Unternehmensbeauftragter ungarische Jüd:innen. Wie wir heute wissen, gab es eine telefonische Standleitung von der Rampe in Auschwitz direkt in das von Albert Speer geleitete Rüstungsministerium.

Die Schilderungen aus Auschwitz gleichen sich bei allen Häftlingen, die dieses Lager durchlitten. Die Abläufe dort folgten einem bis ins Detail durchdachten mörderischem Regelwerk. Die, die nicht ermordet wurden, sollten ihr Menschsein, ihre Identität verlieren. Zum Objekt werden mit eintätowierter Nummer statt dem eigenen Namen. Sich selbst und den Menschen neben sich nicht mehr erkennend, kahlgeschoren und in uniformer Häftlingsbekleidung. Die sexistischen und zutiefst demütigenden Prozeduren des Scherens der ganzen Körperbehaarung, vor und zum Teil durch Männer, sollten den Selbstbehauptungswillen der Mädchen und Frauen brechen. Auf allen Stationen der Verfolgung, Entrechtung und Deportation dieser Menschen wurden sie ausgeplündert. All ihre Habe, die Kleidung am Leib, selbst für ihre Haare fanden die Nazis Verwendung. Der Antisemitismus war die ideologische Rechtfertigung für einen gigantischen Raubmord. Staatliche Institutionen, SS und Unternehmen bereicherten sich, aber auch viele Einzelne. Hielten die Deportationszüge, dann mussten die in den Waggonen eingeschlossenen ihre Wertsachen an die begleitenden Wehrmachtssoldaten abgeben. Nachbarn stahlen die Möbel der Menschen, die emigrieren mussten. In der sogenannten M-Aktion, M für Möbel, wurde der Hausstand aus knapp 70.000

---

<sup>74</sup> B. Ferencz, a.a.O., S. 55

Wohnungen deportierter Jüd:innen der westlichen besetzten Länder nach Deutschland geschafft. Einer der Hauptakteure war die Bremer Spedition Kühne und Nagel.<sup>75</sup>

Schmuck und Zahngold, das den Ermordeten aus dem Mund gebrochen wurde, verkaufte die SS aus den Vernichtungslagern an die Reichsbank in Frankfurt und diese wiederum an die Firma Degussa, die das Gold einschmolz. Zuständig für die Organisation dieser „Verwertung“ war das bereits oben erwähnte WVHA.

„Der Gesamtwert des SS-Raubguts, das überwiegend aus den polnischen Vernichtungslagern stammte, wurde Ende 1945 von den Amerikanern in einer vorläufigen Bilanz auf über 20 Millionen (damalige d. Verfasser) Dollar geschätzt.“<sup>76</sup>

Der Aufenthalt der für arbeitsfähig erklärten Menschen in Auschwitz war bestimmt von dem Quälen durch stundenlange Appelle und regelmäßigen weiteren Selektionen. Meist durch den KZ-Arzt Mengele. Die Menschen entwickelten Überlebensstrategien, nur um nicht krank und schwach zu erscheinen. Denn das bedeutete den Tod für die Häftlinge.

### **Arbeits- und Lebensbedingungen der Häftlinge des Tannenberglagers**

Mitte August 1944 erreichten 500 aus dem damaligen ungarischen Staatsgebiet deportierte jüdische Mädchen und Frauen Unterlüß. Eines der Mädchen ist zu diesem Zeitpunkt 12 Jahre alt. Ihre Fahrt von Auschwitz in Viehwaggons dauerte drei Tage.

Bis in den Januar 1945 hinein betrug die Anzahl der im Rheinmetalllager inhaftierten Frauen zwischen 900 und tausend Personen. Die meisten aus Polen und Ungarn kommend, die Anderen aus anderen osteuropäischen Ländern. Die Gesamtzahl der Häftlinge, die dieses Lager durchliefen, ist nicht genau zu bestimmen. Wurden Gefangene in einem Außenlager krank oder waren nicht mehr arbeitsfähig, wurden sie in das jeweilige Stammlager zurückgeschickt. In diesem Fall also in das KZ Bergen-Belsen. Ein Vertreter des Werkes fuhr dann auch dorthin, um neue Arbeitskräfte als Ersatz auszusuchen. D.h. dass die Betriebsleitung von Rheinmetall zu jedem Zeitpunkt gut über die Verhältnisse in

---

<sup>75</sup> Taz vom 25.7.2015, Welt vom 19.6.2015

<sup>76</sup> O.M.G.U.S, Ermittlungen gegen die I.G. Farben, S. XV



Bergen-Belsen informiert war. Und diese waren wie oben beschrieben im Winter 44/45 ein Inferno. Die kranken und arbeitsunfähigen Frauen wurden in den Tod geschickt.

Die Überlebende Ilana Hronsky schreibt 1995 in einem Brief an die Gedenkstätte Bergen-Belsen:

„Schwerwiegende gesundheitliche Probleme wurden nicht gemeldet. Wenn sie offensichtlich wurden, wurden die beteiligten Personen weggebracht und nie wieder gehört. Erst nach dem Krieg haben wir das Schicksal dieser Mädchen heraus gefunden - sie sind alle in Bergen-Belsen umgekommen.“ (I.H., Brief vom 7.2.1995 an die Gedenkstätte Bergen-Belsen)<sup>77</sup>

Charlotte Braun, geboren 1919, berichtete: „Wir wurden sehr schwach und hatten in der letzten Zeit sehr viele Kranke unter uns. Dauernd fand Menschenaustausch zur Ergänzung der ausfallenden Arbeitskräfte statt, man brachte Nachschub, (...)“ (Degob-Protokoll Nr.1984).

Im Lager selber gab es in einer Baracke einen abgetrennten kleinen Kranken- oder Sanitätsbereich. In diesem wurden kleinere Verletzungen, Krätze und ähnliches behandelt.

Laut Aussage von Frau Herschkovita, geboren 1924, war der Abtransport ins Stammlager auch eine der Strafmaßnahmen: „Es waren in dem Lager auch Kriegsgefangene. Da diese immer über die politische Lage gut informiert waren, versuchten wir natürlich immer, mit ihnen in Berührung zu kommen. Wenn aber eine Aufseherin das zufällig sah, schickte sie das Mädchen nach Bergen-Belsen, das sehr gefürchtet war.“ (Degob-Protokoll Nr.1770)

Wie in allen anderen Außenlagern mussten die Häftlinge in 12-Stunden-Schichten arbeiten. Dazu kam in Unterlüß der weite Weg zu den eigentlichen Arbeitsorten. Bekleidet waren die Frauen mit einem dünnen Häftlingskittel und Holzpantinen. Und das bei zum Teil zweistelligen Minusgraden im Winter 44/45. Die Arbeit war entweder körperlich sehr schwer. Fundamentarbeiten an neuen Werksgebäuden, Straßenbau oder die betriebseigene Forstwirtschaft. Oder sie war extrem gesundheitsschädlich. So das Füllen von Geschosshülsen mit Chemikalien und Sprengstoff in der Munitionsfüllanlage. Die Arbeit war so giftig, dass sich den Frauen Haare und Haut verfärbten.

---

<sup>77</sup> B. Horstmann, Die Außenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Außenkommando Unterlüß, 2001

Dazu Ricsy Sommer in einem Interview 1993:

„wir (haben) diese Schrapnells (...) mit heißem Phosphor gefüllt. (...) Wir wurden rot und gelb und orange, was auch immer es war. Aber es muss eine so gefährliche Arbeit gewesen sein, dass sogar die Deutschen uns (...) jeden Tag eine Tasse Milch (gaben).“ (Interview mit 7 Überlebenden vom 17.11.1993)<sup>78</sup>

In ihrer Befragung im August 1945 in Budapest gibt die Überlebende Beno Kroo, geboren 1912, zu Protokoll:

„Es gab Arbeit in der Waffenfabrik, Sandschaufeln, Bunker bauen, Wegebau, Anlage von Wasserbecken. Wir mussten schmiegeln, arbeiteten mit Schwefel; (...) eine Jede wurde lungen- oder magenkrank, eventuell beides. Fieber trat auf. Viele wurden gelb wie ein Tier solcher Farbe. Es gab so viel zu tun, dass auch die Blockwas bei der Arbeit mittun mussten. (...) Bei der Arbeit hetzte die Lagerführerin Hunde auf uns.“ (Degob-Protokoll Nr. 1984)

Die Überlebenschancen in den Außenlagern hingen von den jeweiligen Arbeits- und Unterbringungsbedingungen ab. Bei sehr schwerer körperlicher Arbeit, wie in Steinbrüchen oder bei der Unterbringung untertage war die Sterblichkeit hoch. In der Fabrikation wurden viele Gefangene durch Arbeitsunfälle verletzt, aber trotzdem waren die Lebensbedingungen erträglicher. Bei den KZ-Insassen, die schwere Arbeit leisten mussten, starben ein Fünftel der eingesetzten Menschen innerhalb eines Monats und mussten ersetzt werden.<sup>79</sup>

Die Zahl der Häftlinge, die Ende 1944 noch lebten, waren nur noch weniger als ein Drittel derer, die im Laufe des Krieges Zwangsarbeit leisten mussten.

Dazu nochmal aus dem protokollierten Bericht einer Überlebenden aus dem Rheinmetallager:

„Die schwere Arbeit und die unmenschliche Behandlung forderten denn auch viele Opfer, besonders unter den sechzehn- und siebzehnjährigen Mädchen, die unter der pausenlosen Arbeit zusammenbrachen. So waren beispielsweise in meiner Arbeitsgruppe, die 300 Häftlinge zählte, nach dreimonatiger Arbeit nur noch fünf am Leben.“ (Degob-Protokoll Nr. 3126)

Die Häftlinge bekamen vor Arbeitsbeginn ein kleines Stück Brot und bei der Rückkehr im Lager eine Suppe ohne Inhalt. Für die

---

<sup>78</sup> hier zitiert aus B. Horstmann, Die Außenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, S.2

<sup>79</sup> s. a. B. Ferencz, a.a.O., S.233

Essenszubereitung stand im Lager ein Küchenbereich zur Verfügung, der von einem Koch geführt wurde. Dieser wohnte entweder im oder direkt beim Lager in Altensothrieth. Von ihm wird später noch die Rede sein. Die Verpflegung war neben der Bewachung und Bekleidung der Häftlinge Aufgabe der SS. Wie oben beschrieben waren die Einrichtung und Unterhaltung des Konzentrationslagers Sache des jeweiligen Betriebes. Ebenso das Stellen von weiblichen Betriebsangehörigen für die Wachmannschaften.

Die ständigen Schläge und Schikanen durch die Wachmannschaften machten den Frauen in Unterlüß das Leben zur Hölle. Selbst an den arbeitsfreien Sonntagen sollten sie nicht zur Ruhe kommen und mussten stundenlang Appellstehen. Besonders gefürchtet war die für das Innere des Geländes zuständige Lagerführerin Susanne Hille, die „Braune“ genannt.

Valerie Jakober-Furth schreibt in ihrer Autobiographie:

„An eine SS-Aufseherin erinnere ich mich ganz besonders deutlich. (...) Wir nannten sie die „Braune“ (...). Einmal während eines Appells peitschte sie eine meiner Freundinnen. Nach den Schlägen konnte (sie) sich fünf Tage nicht bewegen.“<sup>80</sup>

Eszter K., 16 Jahre alt bei ihrer Ankunft in Unterlüß, gab 1945 zu Protokoll:

„(Der Lagerkommandant) hatte nur die eine Hauptsorge, uns auch nicht einen Augenblick zur Ruhe kommen zu lassen. (...) Wir durften nach der schweren Arbeit nicht ausruhen, sondern mussten stundenlang Zählappellstehen (...). Dann ließ uns der Herr Scharführer hin- und herlaufen, (...) stundenlang. Wer nicht mehr laufen konnte, wurde schwer verprügelt.“ (Degob-Protokoll Nr. 2104)

Bei dem Scharführer muss es sich um den SS-Unterscharführer Hans Stecker gehandelt haben, der in Vertretung des SS-Hauptsturmführers Rudolf Wandt im Winter 1944/45 die Häftlinge schikanierte und folterte. Laut Bernd Horstmann war zu dieser Zeit der eigentliche Lagerkommandant aber SS-Hauptsturmführer Friedrich Diercks gewesen. Nach seinen Angaben wurde nach dem Krieg keine der genannten Personen für ihre Taten belangt.<sup>81</sup>

---

<sup>80</sup> Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), KZ Bergen-Belsen, Berichte und Dokumente, S.122

<sup>81</sup> B. Horstmann, a.a.O., S.4

Erster Lagerkommandant des Tannenberglagers war SS-Hauptscharführer Franz-Xaver Trenkle. Mit der Inbetriebnahme versetzte die Lagerleitung des KZ Bergen-Belsen ihn und zehn weitere Wachmänner nach Unterlüß.<sup>82</sup>

F.-X. Trenkle, SS-Mitglied seit 1932, begann seine KZ-Karriere in Dachau 1933. Danach war er in Neuengamme und Sachsenhausen Wachmann, bevor er im März 1944 nach Bergen-Belsen wechselte. Seine Tätigkeit im Rheinmetallager in Unterlüß muss er spätestens im Winter 1944/45 beendet haben. Ab dem 6. Januar 1945 leitete er das KZ-Außenlager Lauingen, ab Anfang April das in München-Riem. Hier quälte und ermordete er eigenhändig dutzende Häftlinge. Für all seine Verbrechen in den verschiedenen Lagern verurteilte ihn ein amerikanisches Militärgericht zum Tode. Die Hinrichtung fand am 28. Mai 1946 in Landsberg statt.<sup>83</sup>

Eine gängige Strafe in allen Lagern war die „25“. 25 Stockschläge bei Verstößen gegen Vorschriften, wie die verbotene Kontaktaufnahme zu anderen Zwangsarbeiter:innen oder die Suche nach zusätzlicher Nahrung. Auch der Versuch, die bittere Kälte durch zusätzliche Kleidungsstücke abzumildern, sanktionierten die Wachen:

„Im größten Winter, in der schrecklichen Kälte, arbeiteten wir in einem Kleidungsfaden. Sie tasteten jeden Tag und (bei) wem sie den dünnsten Lappen unter dem Kleidungsstück bemerkten, wurde mit Nahrungsentzug und Prügel bestraft.“ (Degob-Protokoll Nr. 2342)

Das Aufeinandertreffen mit deutscher Bevölkerung beschreibt Edith Balas in ihrer Autobiographie wie folgt:

„(...) als man uns zur Arbeit in die Nähe eines Dorfes brachte (...), trafen (wir) eine Mutter und ein kleines Mädchen, das höchstens vier Jahre alt war. Die Mutter forderte das Kind auf, mit Steinen nach uns zu werfen. Das Mädchen gehorchte.“<sup>84</sup>

Frieda Eisenstaetter berichtet:

„Die Zivilarbeiter in der Fabrik waren ganz ordentlich, natürlich gab es auch unter ihnen verbissene Nazis.“ (Degob-Protokoll Nr.2238)

---

<sup>82</sup> A. Wenck, Zwischen Menschenhandel und Endlösung: Das KZ-Bergen-Belsen, S.131

<sup>83</sup> W. Benz, B. Distel (Hrsg.) Der Ort des Terrors, Bd.2, S.444

<sup>84</sup> E. Balas, Vogel im Flug, S.54

Anders als die Hauptlager, waren die Außenlager und ihre Häftlinge viel schlechter abzuschotten. An ihnen führte ab 1944 in den Städten kein Weg mehr vorbei. In den Fabriken war der Kontakt zu den Gefangenen, der sonst unterbunden wurde, sogar nötig im Arbeitsablauf.

### **Selbstbehauptung und Widerstand**

„Im System der Konzentrationslager (...) spielte Arbeit im Laufe der zwölf Jahre (...) eine stark wechselnde Rolle. Stets sollte sie aber gemeinsam mit den anderen Methoden der SS bewirken, dass die Menschenwürde gebrochen, der Gefangene zum Werkzeug seiner Feinde wurde. Wer die Kraft und den Mut aufbrachte, sich dagegen zur Wehr zu setzen, wer nicht zum willenlosen Objekt der SS herabsinken wollte, sondern Subjekt bleiben wollte, musste auch bei der ihm aufgezwungenen Arbeit einen Weg suchen, der dabei half, nicht zum gesichtslosen Sklaven herabzusinken.“

Ein Zitat von Hermann Langbein, Kommunist und Spanienkämpfer. Er durchlitt die Konzentrationslager Dachau, Auschwitz und Neuengamme und war 1954 Mitbegründer des Internationalen Auschwitzkomitees.<sup>85</sup>

Für die Gefangenen waren Wege der Selbstbehauptung und des „Subjekt-Bleibens“ u.a. gemeinsame kulturelle und religiöse Aktivitäten, aber auch je nach Häftlingsgruppe, politische Schulungen. Manche führten Tagebuch oder schrieben Gedichte. Ilana Hronsky schreibt in ihrem Brief an die Gedenkstätte Bergen Belsen:

„Manchmal versammelten wir uns sonntags in der Ecke einer der Baracken, sangen Lieder, die wir zu Hause kannten, rezitierten Gedichte und im Allgemeinen nur, um unseren Geist und den (der) anderen nicht zu erschlaffen.“ (I.H., Brief vom 7.2.1995 an die Gedenkstätte Bergen-Belsen)<sup>86</sup>

Im Kampf ums Überleben gab es unter den Gefangenen auch den Egoismus Einzelner und das Streben, für sich und seine Nächsten Vorteile zu verschaffen. Aber es ist in den Erzählungen der Häftlinge auch immer von Solidarität und Hilfe untereinander die Rede. Und zwar unter allen Zwangsarbeiter:innen, unterschiedlichster Herkunft

---

<sup>85</sup> Dachauer Hefte 2, Sklavenarbeit im KZ, S.12

<sup>86</sup> hier zitiert nach B. Horstmann, a.a.O., S.3

und Status. Gerade den jeweils Schwächeren, den KZ-Insass:innen und den halbverhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen, wurde versucht durch das Organisieren von Essen und Kleidung das Überleben zu ermöglichen. Charlotte Braun schreibt zum Kontakt mit französischen und sowjetischen Kriegsgefangenen:

„(...) bei der Arbeit halfen sie uns Eisenplatten tragen, schwere Platten. Auch sie sahen vor Kälte schwarz aus, waren zerlumppte Gefangene in Uniformen. Wir erhielten von ihnen Kämmen und Salz und sie halfen uns, wo sie nur konnten. Die dort befindlichen Russen waren beinahe alle lungenkrank.“ (Degob-Protokoll Nr.1984)

Libuše Audrlická, tschechische Zwangsarbeiterin am Rheinmetall-Standort in Breslau-Hundsfeld, erzählt von der Intervention und Hilfe französischer Kriegsgefangener für die KZ-Häftlinge:

„Am Nachmittag sahen wir eine Gruppe von 3 Menschen. Zwei Häftlinge führten einen dritten, völlig erschöpften vom Arbeitsplatz ins Lager. Das Grauen, das anschließend einsetzte, war schrecklich. Verzweifelte Schreie, Schläge, Hundegebell. Alle drei wurden im Waschraum zusammengeschlagen (...). Eine Delegation der Franzosen ging zum Vorsteher des jüdischen Lagers und drohte ihm an, das Rote Kreuz herbeizurufen. Davor schreckten die Deutschen zurück und versprachen den wehrlosen (...) Häftlingen Linderung.“

„Weiter wurde vereinbart, dass Häftlingen Nahrung gereicht werden sollte (...).“<sup>87</sup>

Wie in den Hauptlagern gab es auch in den Außenlagern unterschiedlichste Arten des Widerstandes. Flucht, Sabotage, der illegale Radioempfang von ausländischen Sendern usw. Gerade die Einrichtung von Außenlagern schuf für die organisierten Widerstandsgruppen in den Stammlagern völlig neue Möglichkeiten. Wegen der Schwierigkeit, diese in dem gleichen Maße abzuschirmen, ließen sich Häftlinge in die Außenlager versetzen um Nachrichten nach Draußen zu schmuggeln oder zu fliehen. Im Thüringer Rheinmetallwerk in Sömmerda sabotierten zwei junge ungarische Jüdinnen Maschinen und Werkstücke.

„Eine verursachte einen Schaden von 3000 Mark, indem sie eine Maschine kaputt machte. Die Reparatur der Maschine dauerte eine Woche. Die andere hat auch ein Flugzeug kaputt gemacht. Diese konnten, obwohl sie von den Deutschen bestraft wurden - den

---

<sup>87</sup> Aus der Abschrift des Interviews mit Libuše Audrlická vom 14.1.2006, Interview-Archiv „Zwangsarbeit1939-1945“, <https://archiv.zwangsarbeit-archiv.de/de/searches/archive>

ganzen Tag der Kälte ausgesetzt (und) von einem SS-Mann (...) bis zur Ohnmacht geschlagen und kahlgeschoren – nicht überredet werden, für die Deutschen zu arbeiten.“ (Frau Dr. Weder, geb.1897, Degob-Protokoll, Nr.3551)

### **Die letzten Monate vor Kriegsende in Unterlüß**

Die Lage des Standorts in Unterlüß in der Mitte vom Reichsgebiet führte in den letzten Kriegsmonaten zu einer Verlagerung von anderen Betriebsteilen Rheinmetalls dorthin. Auch trafen Direktoren und Konstrukteure aus anderen Werken ein.

Im Januar 1945 brachte die SS nach unterschiedlichen Angaben 200 oder/vielleicht auch und 350 Gefangene nach Bergen Belsen. Völlig entkräftete und kranke Frauen, die in vereisten Viehwaggons ins Stammlager zurückgeschickt wurden.<sup>88</sup>

Aus dem Februar 1945 ist bekannt, dass die Kommandantur in Bergen-Belsen Frauen zur Zwangsarbeit nach Unterlüß schickte, aber die ursprüngliche Anzahl der eingesetzten Häftlinge wurde nicht mehr erreicht. Vielleicht gab es im Stammlager schlicht nicht mehr genug arbeitsfähige Gefangene, als dass sie noch in großer Zahl verschickt werden konnten. Auch war die Gefahr groß, grassierende Seuchen aus dem Lager herauszutragen. Oder dem Rheinmetallwerk fehlte jetzt die Verwendung, weil die Produktion durch Materialmangel gegen Kriegsende schon eingeschränkt war. Der letzte erhaltene Bericht der Kommandantur von Bergen-Belsen vom 15. März 1945 vermerkte 517 Frauen im „Tannenberglager“.<sup>89</sup>

Im selben Monat löste Rheinmetall die betriebseigene Erprobungsgruppe des nahegelegenen Wehrmachtsflughafens Faßberg auf. Hier betrieb das Werk einen eigenen Hangar und nutzte den Flugplatz zur Erprobung von Fliegerbomben. Nun wurden Dokumente verbrannt und Material zerstört, damit es nicht den nahenden britischen Truppen in die Hände fiel.

Ab Anfang April 1945 leitete der Vorstandsvorsitzende von Rheinmetall, Hellmuth Roehnert, die Firma von Unterlüß aus.

---

<sup>88</sup> Laut B. Horstmann, a.a.O., S.3 und der Überlebenden L.S., Degob-Protokoll Nr.375

<sup>89</sup> Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bergen-Belsen, S.142

Die Interessengruppen der deutschen Industrie, zu denen Rheinmetall gehörte, diskutierten zu diesem Zeitpunkt schon seit Monaten über das absehbare Kriegsende und planten die Nachkriegszeit. Neben dem Sichern von geistigem (wie Konstruktionsunterlagen) und materiellem (wie Maschinen) Wirtschaftsgut, gehörte auch die Vernichtung von belastenden Dokumenten zu den vordringlichen Aufgaben. Auch wollten sich die Betriebe der Zwangsarbeiter:innen entledigen. Am dringendsten war den Unternehmen, die elenden Gestalten aus den Konzentrationslagern der SS zurückzugeben. Das Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) der SS willigte ein. Gleichwohl nutzten viele Betriebe die Arbeitskraft der Häftlinge bis kurz vor Schluss. Die Situation der zivilen Zwangsarbeiter:innen, der Kriegsgefangenen und der KZ-Häftlinge veränderte sich im letzten halben Jahr vor Kriegsende dramatisch. Für das was in diesen Monaten passierte, gibt es den etwas sperrigen Begriff Kriegsendphasenverbrechen. Trotz der Erwartung der Deutschen, dass sie für die begangenen Verbrechen bald zur Rechenschaft gezogen würden, oder wegen ebendieser Erwartung, begann ein Morden sondergleichen. Während die Wehrmacht verbissen um jeden Meter kämpfte und so selbst in den allerletzten Kriegstagen noch Unzählige starben, töteten SS und Polizei immer mehr Zwangsarbeiter:innen und Kriegsgefangene in den Städten. Hinrichtungen konnten sie jetzt eigenverantwortlich durchführen. Ohne Rücksprache mit dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Das öffentliche Morden führte zu einem Klima der Lynchjustiz, an dem sich zunehmend auch Bürger:innen beteiligten.

Angesichts der nahenden alliierten Truppen löste die SS die Konzentrationslager auf und trieb die Häftlinge auf die Todesmärsche. Von wenigen Wachen begleitet, liefen die Gefangenenskolonnen durch Städte und Dörfer. Halbverhungert und krank. Die die nicht mehr konnten, erschoss die SS an Ort und Stelle und ließ sie liegen. So starben über hunderttausend Menschen. Zielort vieler Märsche und Transporte war Bergen-Belsen, als eines der letzten noch nicht eingenommenen Konzentrationslager. Auch die 3500 Häftlinge auf dem Celler Bahnhof, die am 8. April 1945 in Eisenbahnwaggons ausharrten, sollten dorthin. Etwa 500 starben bei dem alliierten Bombenangriff an diesem Tag, mindestens 170 bei der folgenden Jagd auf sie durch SS, Wehrmacht, Polizei und Anwohner:innen. Eines von vielen Massakern, die in diesen Tagen in Niedersachsen stattfanden.



In Unterlüß und Umgebung kam es bis dahin schon öfters zu Tieffliegerangriffen, aber erst am 4. April 1945 zum ersten und einzigen großen Bombardement. Dieses zerstörte das Rheinmetall Hauptwerk völlig, erhalten blieb die abseits liegende Munitionsfüllanlage. Wie im Abschnitt zum Säuglingsheim in Unterlüß beschrieben, starben neben 17 Deutschen viele osteuropäische Frauen und Kinder. Zwangsarbeiter:innen war es bei Strafe verboten, Luftschutzbunker aufzusuchen. Im sich verschärfenden Luftkrieg in den letzten Kriegsjahren kostete dies ungezählten Zwangsarbeiter:innen das Leben.

Laut dem Artikel des Historikers Bernd Horstmann, der an diesem Punkt auf den Bericht einer Überlebenden zurückgeht, wurde das Lager in Altensothrieth ab diesem Tag geschlossen und die Frauen nicht mehr zur Arbeit eingesetzt. Dafür gibt es aber in den Angaben der anderen Häftlinge keinen Hinweis. In den vorliegenden Degob-Protokollen, also Aussagen aus dem Sommer 1945, erzählt keine der Frauen etwas von einer längeren Arbeitspause, bevor sie nach Bergen-Belsen gebracht wurden. Bei F.B., geboren 1911, heißt es: „Da wir infolge der totalen Verwüstung der Fabrik keine Arbeitsstätte mehr hatten, wurden wir zu Straßenbauarbeiten verwendet ...“ (Degob-Protokoll Nr. 3126)  
 „nach Ostern haben wir unsere Arbeit an einem anderen Ort begonnen...“ (Degob-Protokoll Nr. 1413)

In Unterlüß nutzten die NSDAP-Mitglieder und andere Bürger des Ortes einen bei diesem Bombenangriff entstandenen Krater und entsorgten ihre Uniformen und anderes belastendes Nazimaterial. Danach schütteten sie ihn mit Sand zu.

### **Die Situation im Arbeits- und Erziehungslager (AEL)**

Im Arbeits- und Erziehungslager verschärften sich die Bedingungen in den letzten Kriegsmonaten. Die gezielte Unterversorgung und die ständigen Straf- und Prügelmaßnahmen töteten immer mehr Häftlinge. Allein im Februar und März 1945 starben sieben zivile Zwangsarbeiter, die bei Rheinmetall arbeiteten und im Arbeits- und Erziehungslager inhaftiert waren. Die Celler Gestapo organisierte dem Werk noch weitere Arbeitskräfte. Gefangene des Celler Gerichtsgefängnisses wurden ab Januar 1945 nach Verbüßen ihrer

Haftstrafe nicht entlassen, sondern zum Arbeitseinsatz ins Arbeits- und Erziehungslager gebracht. Unter anderem ein elfjähriges Mädchen aus Warschau. Der Leiter der Celler Gestapo, Hermann Kühn, übernahm ab März 1945 auch den Posten des Lagerführers. Unter seinem Kommando eskalierte die Gewalt gegen die Häftlinge. Nach dem Krieg verurteilte ihn ein Lüneburger Schwurgericht 1950 zu vier Jahren Haft, von denen er bis dahin während seiner Internierung schon 3 abgesessen hatte. In den Kriegsjahren war Hermann Kühn für unzählige Morde und Folterungen in Celle und Lüneburg verantwortlich. Hier traf es vor allem Zwangsarbeiter:innen. Außerdem ließ er zahlreiche Menschen in Konzentrationslager einweisen. Zu seinem, in vielen Gerichtsakten dokumentierten, Sadismus kam die Habgier. Zitat:

„Nebenher hatte die Verhandlung ergeben, dass sich Hermann Kühn umfangreichen Hausrat und Besitz einiger der von ihm verhafteten Personen angeeignet hatte.“<sup>90</sup>

Nach der Urteilsverkündung hob das Gericht den Haftbefehl auf. Für die Opfer des Faschismus war all dies ein Schlag ins Gesicht.

Anfang März 1945 befanden sich im Arbeits- und Erziehungslager etwa 300 Personen, Männer und Frauen.

Unter ihnen auch die sogenannten „44 Helden von Unterlüß“. Im Februar 1945 sollten italienische kriegsgefangene Offiziere auf der Baustelle des Wehrmachtsflughafens in Dedelstorf arbeiten. Als sie sich weigerten, suchte die Gestapo einzelne heraus, um sie exemplarisch zu bestrafen und hinzurichten. Daraufhin traten weitere Gefangene hervor, um an ihrer Stelle ermordet zu werden. Die Gestapo verzichtete daraufhin auf die Hinrichtung und brachte die 44 italienischen Offiziere nach Unterlüß. Die restlichen Gefangenen nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf. Am 4. April zerstörte der alliierte Luftangriff auf das Rheinmetallwerk auch Teile oder das gesamte Arbeits- und Erziehungslager. Die Insass:innen oder einige von ihnen wurden daraufhin in den Lagerabschnitt für Kriegsgefangene des Tannenberglagers gebracht. Unter ihnen auch die italienischen Kriegsgefangenen. Bei der Evakuierung des Lagers oder in den folgenden Tagen ermordeten die Wachmannschaften 11 Menschen aus der Sowjetunion und verscharrten sie an Ort und Stelle. Sie wurden erschossen, erschlagen oder erhängt. Im Tannenberglager prügelte ein ukrainischer SS-Mann am 6. April den

---

<sup>90</sup> Ralf Bierod, Gestapo-Verbrechen im Landkreis Burgdorf und das Schwurgerichtsverfahren in Lüneburg 1950, Stuttgart 2015

italienischen Kriegsgefangenen Giuliano Nicolini zu Tode. Auch zwei weitere Menschen der Gruppe der 44 starben in diesen Tagen. Um sich der restlichen Offiziere zu entledigen, entließ die Gestapo einige von ihnen in den folgenden Tagen und schickte die anderen mit weiteren Gefangenen auf einen Todesmarsch Richtung Elbe. Das SS-Wachpersonal und die Leitung des Arbeits- und Erziehungslagers flüchteten am Vortag der Befreiung von Unterlüß.<sup>91</sup>

### **Die Verschleppung der Frauen des Tannenberglagers**

Am 11. April stimmte SS-Führer Himmler zu, das KZ Bergen-Belsen kampfflos bei Eintreffen der britischen Armee zu übergeben. Daraufhin begannen am Morgen des 12. Aprils Verhandlungen zwischen Wehrmacht und englischem Stabsquartier. Im Laufe des Tages einigten sich beide Seiten auf einen Waffenstillstand und unterzeichneten ihn in der folgenden Nacht. Mit dem Zustandekommen dieser Übereinkunft verließen in dieser Nacht bis auf den Lagerkommandanten Kramer und eine kleine Gruppe von Wachpersonal alle anderen SS-Mitglieder das Lager. Auch im letzten noch verbliebenen Außenlager von Bergen-Belsen, dem in Unterlüß, setzten sich jetzt die Wachmannschaften ab. Hier blieb niemand von ihnen zurück.

Wahrscheinlich sollte das Lager am 12. April evakuiert werden und die Gefangenen sich in SS-Begleitung auf einen Todesmarsch begeben. Die Lagerleitung änderte kurzfristig ihren Plan, schloss die Häftlinge in den Baracken ein und flüchtete (Degob-Protokoll Nr. 1413).

Vor dem geplanten Abmarsch wurden 24 Frauen aus dem Krankenrevier auf einen LKW geladen, der mit einem vorausfahrenden PKW Richtung Elbe aufbrach. Sie landeten nach einer Irrfahrt im Süden von Lüneburg, wo auch hier die Wachmannschaften die Gefangenen verließen. Mit Hilfe eines Wehrmachtssoldaten versteckten sie sich, bis sie am 18. April in Häcklingen/Lüneburg die britische Armee befreite. Drei der 24 Frauen starben direkt danach im Krankenhaus. Eine war so schwer

---

<sup>91</sup> H. Altmann, Italienische Militärinternierte in Dedelsdorf und Unterlüß

<https://found-places.blogspot.com/2020/03/italienische-militarinternierte-in.html>

traumatisiert, dass sie Selbstmord beging (Degob-Protokolle Nr. 520 und Nr. 1646).

In der Nacht vom 12. auf 13. April merkten die Häftlinge des Tannenberglagers, dass sie frei waren. In dieser Situation erwies sich der Koch des Lagers als Mensch und verteilte die verbliebenen Kartoffeln an die Frauen. Laut dem Historiker Bernd Horstmann bemächtigten sich die Gefangenen auch selber der Küchenvorräte. Einige Frauen sollen in dieser Situation auch das Lager verlassen haben. Zu den Geschehnissen an diesem Tag gab die Gefangene K.S., geboren 1920, zu Protokoll:

„Bevor die Engländer kamen, verließ die SS das Lager, die Aufseherinnen sperrten uns in den Block, dann verschwanden auch sie. ... Am nächsten Morgen brachen wir die Tür von innen auf und waren im Hof. Wir fanden niemanden, nur den Küchenchef, der uns dann kochte.“ (Degob-Protokoll Nr. 1784)

Den weiteren Ablauf schildern die Überlebenden wie folgt:

„Zivilwachen kamen (zu) uns und kommandierten uns auf Autos. Eine wurde bei(m) Fluchtversuch erschossen.“ (Charlotte Braun, Degob-Protokoll Nr. 1984)

Und eine weitere:

„SS flüchtete (...) damals und unsere Firma brachte uns im Auto nach Bergen-Belsen.“ (R. W. Degob-Protokoll Nr. 1885)

Ilon Goldberger berichtet:

„(...) die SS-Frauen flüchteten, worauf wir von in der Fabrik arbeitenden Zivilisten in Autos nach Bergen-Belsen gebracht wurden. Ein Mädchen wurde auf Fluchtversuch angeschossen.“ (Degob-Protokoll Nr. 1757)

Sie nach Bergen-Belsen zu fahren, hieß angesichts der Zustände dort, sie in den Tod zu fahren. Charlotte Braun:

„Auf Lastautos fuhren wir nach Bergen-Belsen, wo wir nichts als Leichenberge vorfanden. Dort konnte niemand mehr gehen, die Menschen lagen nur umher; es war die reine Hölle. Tagelang lagen die Toten vor den Blöcken; die Menschen weinten um Wasser und sahen aus wie Kinder oder Mumien. Besonders die Typhuskranken schrien um Wasser; die Toten wurden in ein Becken geworfen, aus dem wir Wasser tranken.“ (Degob-Protokoll Nr. 1984)

Frieda Eisenstaetter:

„Hier herrschte solche Hungersnot, dass die Menschen auf das niedrigste tierische Niveau sanken, nur um ihren Magen ein wenig Anfüllen zu können. Es gab Läuse, Schmutz, Typhus – mit einem

Wort alles Arge, was man sich vorstellen kann. (...) Nach unserer Befreiung am 15. April mussten die Engländer uns ausnahmslos ins Spital bringen, denn in dem Lager gab es keinen gesunden Menschen mehr. Ich bekam dann Flecktyphus und nahm noch(mals) sieben Kilo ab (...)." (Degob-Protokoll Nr. 2238)

Viele Frauen des Tannenberglagers, die die Sklavenarbeit bis dahin überstanden hatten, aber völlig entkräftet und halb verhungert waren, infizierten sich mit Typhus und starben nach der am 15. April erfolgten Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Wie 13.000 andere Häftlinge, die die britische Armee nicht mehr retten konnte.

Die Männer, welche die KZ-Häftlinge des Rheinmetallagers am Morgen oder Vormittag des 13. Aprils nach Bergen-Belsen brachten, taten dies buchstäblich in letzter Minute. Während sie die 500 Frauen auf Lastwagen der damaligen Zeit abtransportierten, rückte die britische Armee auf Unterlüß zu. Am Mittag des 13. April begannen die Kämpfe am Südrand des Dorfes und um 18 Uhr war der Ort eingenommen.

Die Überlebende M.S. berichtet:

„Am Tag kamen deutsche Nationalgarden ins Lager und erteilten den Befehl fortzufahren. Wir haben uns geweigert, dies zu tun, weil wir wussten, dass unsere Retter schon ziemlich nahe waren, aber wir mussten uns trotzdem auf den Weg machen, Bergen-Belsen.“ (Degob-Protokoll Nr. 3529)

D.h. dass für den Abtransport sogar der Widerstand einiger Häftlinge gebrochen werden musste. In dieser Situation wurde laut mehrerer Aussagen ein Mädchen beim Versuch zu fliehen angeschossen oder sogar getötet. Die LKW für den Transport entstammten entweder dem Fuhrpark des Rheinmetallwerkes oder kamen aus dem temporären Fahrzeug- und Materialdepot, das die SS am Unterlüßer Bahnhof angelegt hatte. Dieses Depot nutzte auch die Firma Rheinmetall, wahrscheinlich um mit der Bahn Maschinen und Sachwerte abzutransportieren. Bei der großen Anzahl von Gefangenen, Wachen und Fahrern muss es eine lange Autokolonne gewesen sein. Durchgeführt haben den Transport bewaffnete Männer in Zivil. Die Überlebenden Ilon Goldberger und R.W. ordnen sie in ihren Aussagen dem Rheinmetallwerk zu: „Wir (wurden) von in der Fabrik arbeitenden Zivilisten in Autos nach Bergen-Belsen gebracht.“ Und „(...) unsere Firma brachte uns im Auto nach Bergen-Belsen.“ (Degob-Protokolle Nr. 1757 und Nr. 1885)

Am Ende des Krieges gab es zwei Verbände von bewaffneten Zivilisten in Unterlüß. Den Werkschutz der Firma Rheinmetall und den seit November 1944 einberufenen Volkssturm. Mit Beginn des Faschismus wurde die Rolle des betrieblichen Werkschutzes als Polizei in den Unternehmen gestärkt. Er sollte Streiks und Sabotage verhindern und die Einhaltung der Arbeitsdisziplin kontrollieren. In der Rüstungsindustrie gab es Vorgaben, aus wie viel Personen, je nach Betriebsgröße, er zu bestehen hatte. Im Unterlüßer Werk müssen es mindestens 150-200 Personen gewesen sein. In zivil und bewaffnet. Der Volkssturm in Unterlüß konstituierte sich im November 1944 und wurde geleitet vom Rheinmetall-Werksdirektor Oberst Paul Guse. Ihm unterstanden vier Kompanien, die aber selber nur wenige Waffen besaßen. Ab Februar 1945 halfen sie bei der Bewachung von kriegsgefangenen Zwangsarbeitern aus, um Wehrmachtssoldaten für die Front freizusetzen, auch im Kriegsgefangenenlager in Altensothrieth. Volkssturmlenker Paul Guse versuchte in der kurzen Zeit, in der er diese Funktion innehatte, alle Ressourcen zu mobilisieren, um das Rheinmetallwerk verteidigen zu können.

Wahrscheinlich gehörten die Männer, die die Häftlinge nach Bergen-Belsen fuhren, gleichzeitig Werkschutz und Volkssturm an. Ein Konzentrationslager mit jüdischen Frauen in Häftlingskleidung auf dem Firmengelände. Das sollte die britische Armee, die bereits wenige Kilometer entfernt war, nicht vorfinden. Die Gefangenen waren Zeuginnen für die Verbrechen, die an ihnen begangen wurden. Auch in Unterlüß befragten die englischen Behörden direkt nach Kriegsende Opfer der Nazi-Barbarei und versuchten Täter zu identifizieren. Deshalb wurden die Frauen in das Inferno des KZ Bergen-Belsen gebracht. Die Häftlinge hätten einfach dort bleiben können und wären am Nachmittag des 13. April befreit worden.

Die Männer, die die ca. 500 Frauen nach Bergen-Belsen brachten, wussten was sie taten. Dazu ein Zitat aus der Rede, die auf dem Betriebsappell 1941 bei Rheinmetall gehalten wurde:

„Wir alle wollen in der Heimat ...zusammenstehen und genau wie unsere siegreiche Wehrmacht dafür kämpfen, dass der Weltfeind Juda vollständig vernichtet wird. Der Jude... wird durch uns vernichtet, wo immer wir ihn treffen.“<sup>92</sup>

---

<sup>92</sup>J. Gedicke, a.a.O., S.256

Dieses Vorgehen bei Kriegsende gab es auch in anderen Rüstungsbetrieben. Ein Fall aus dem Hauptsitz von Krupp in Essen ist gut dokumentiert, weil er Teil der Anklage im Nürnberger Prozess gegen Krupp war. 500 ungarische jüdische Frauen und Mädchen wurden angesichts der nahenden alliierten Truppen aus dem KZ-Außenlager in Essen ins sogenannte Stammlager nach Buchenwald gebracht. Nach einer weiteren Irrfahrt landeten auch sie in Bergen-Belsen. Benjamin Ferencz, Ankläger in den Nürnberger Prozessen, schreibt dazu:

„Als britische und amerikanische Truppen in Essen eindringen, musste etwas mit den ungarischen Mädchen geschehen. Man hätte die Tore öffnen und sie freilassen können oder sie dort lassen können, wo sie waren, so dass sie von den alliierten Truppen gefunden worden wären. Mit genauer Kenntnis und voller Zustimmung Alfred Krupps wurde eine andere Lösung gefunden. Man beschloss trotz aller Transportschwierigkeiten infolge der alliierten Angriffe, die Mädchen in das KZ Buchenwald zurückzubringen.“<sup>93</sup>

Unter anderem dafür wurde Krupp in den Nürnberger Prozessen dann auch verurteilt. Den Befehl in Unterlüß muss Oberst Paul Guse gegeben haben. Als Werks- und gleichzeitig Volkssturmlieferer hatte er die nötige Befehlsgewalt für diesen Einsatz in den letzten Kriegsstunden. Es ist anzunehmen, dass er sich bei der Konzernführung in Person von Hellmuth Roehnert rückversicherte. Wie oben angeführt, leitete dieser die Firma inzwischen von Unterlüß aus. Im Juni 1945 nahm sich Hellmuth Roehnert im Gästehaus von Rheinmetall das Leben, kurz nachdem ihn ein britischer Offizier zu einem Gespräch aufgesucht hatte. Zu dieser Zeit nahm der amerikanische Geheimdienst auch die Vorstände der Banken und Industrie in den Blick. Ein Zitat aus der Fahndungsliste der amerikanischen Behörden damals:

„daß, obwohl diese Männer auf unterschiedliche Weise hinter den Kulissen arbeiteten, sie nichtsdestoweniger genauso gefährlich sind wie der deutsche Militarist, der SS-Mann und der Parteiführer der NSDAP.“<sup>94</sup>

Hellmuth Roehnert konnte zum Zeitpunkt seines Todes nicht ahnen, dass ihm, bis auf eine kurze Haftstrafe, im Nachkriegsdeutschland

---

<sup>93</sup> B. Ferencz, a.a.O., S.129

<sup>94</sup> O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, S. LXXX

nichts passiert wäre. Ganz im Gegenteil. Die teuren Teppiche, die sein Privatsekretär nach seinem Ableben schnell beiseite schaffte, hätten auch sein zukünftiges Zuhause geschmückt.

Aus den Entschädigungsverfahren wissen wir, dass sich in den 1960iger Jahren nach weltweiter, intensiver Suche 261 Frauen gemeldet haben, die als Häftlinge im KZ-Außenlager in Unterlüß Zwangsarbeit für Rheinmetall leisten mussten. Nur von ihnen wissen wir sicher, dass sie von den ursprünglich 900 – 1000 Frauen überlebt haben. Eine dieser Frauen ist Edith Balas. Sie schreibt in ihrer Autobiographie von 275 Überlebenden. Diese rettete der Kriegsverlauf. Ein halbes Jahr später und auch sie wären tot gewesen. Ihre Verwandten und Freund:innen, die entweder jünger oder älter als sie waren, wurden sofort nach der Ankunft in Auschwitz getötet.

Nachdem ihre Autobiographie auf Deutsch erschienen war, schrieb die Überlebende Edith Balas 2013 einen offenen Brief an die Gemeinde Unterlüß mit der Bitte, die Erinnerung wachzuhalten. Davon konnte bis dahin keine Rede sein. Auch später blieben die wichtigen Initiativen Einzelner folgenlos. Erst die Gedenkinitiative des antimilitaristischen Camps 2019 brachte Bewegung in die Sache. Jetzt interessierte sich auch die überregionale Presse. Vom NDR gefragt, warum die Gemeinde 2013 Edith Balas nicht geantwortet hat, erwiderte Bürgermeister Axel Flader arrogant, sie hätte nicht nach einer Antwort gefragt. Eine Aussage, die seinem persönlichen Werdegang keinesfalls schadete. Im Oktober 2020 wurde er zum Sozialdezernenten des Landkreises Celle ernannt. Inzwischen setzt sich eine breite Koalition aus CDU, SPD, FDP und kleineren Parteien für seine Wahl im November 2021 zum Landrat ein. Das Motto ist „Ein Landrat für Alle“. Nur jüdische KZ-Überlebende können von diesem künftigen Landrat keine Antwort erwarten. Ganz anders reagierte die Firma Rheinmetall, die die politische Brisanz der Gedenkaktion sofort erkannte. Der weltweit tätige Rüstungskonzern, der viele Aufträge auch vom Bund bekommt, fürchtete ein PR-Desaster. Bei einem nicht öffentlichen Gespräch ein paar Tage später kamen Vertreter:innen des örtlichen Arbeitskreises, der Gemeinde und der Firma Rheinmetall zusammen. Das Ergebnis sind vier Infotafeln am nördlichen Ortseingang, die im Frühjahr 2021 aufgestellt wurden. Die Bezeichnung von vier Infotafeln als Gedenkstätte ist etwas



hochgegriffen, trotzdem sind sie ein erster Schritt und Ergebnis der Proteste und dem Engagement der Aktiven vor Ort.

Auch wenn der Raum begrenzt ist, wäre es wünschenswert Strukturen und Verantwortlichkeiten klar zu benennen. Die Firma Rheinmetall organisierte das System der Zwangsarbeit in Unterlüß, u.a. durch die werkseigene „Oberlagerleitung“. Außerdem war sie der Hauptprofiteur. Kein Wort von weiblichen Betriebsangehörigen die als KZ-Wärterinnen abgestellt wurden oder dem Werkschutz als Wachmannschaft des gefängnisartigen Lagerkomplexes Männerlager III. Merkwürdig nebulös bleibt die sehr knappe Beschreibung der Verschleppung der KZ-Häftlinge, die tatsächlich zum Tod von Unzähligen von ihnen führte. Völlig unpassend, instinktlos und irreführend ist es, den Abschnitt zum KZ-Außenlager mit dem Abdruck eines Faksimile der Aussage des NSDAP-Ortsgruppenleiters zu bebildern. Er wurde nach dem Krieg zum Abtransport der jüdischen Frauen befragt. Ein Dokument voller lügenhafter Rechtfertigungen und in diesem Zusammenhang völlig deplatziert. Dieser Mensch war sicherlich ein überzeugter Nazi und wahrscheinlich auch Teil der Meute, die den Häftlingen ihre gerade gewonnene Freiheit wieder nahm. Aber ein kleines Rädchen im System. Die Befehlsgewalt und Autorität diesen Einsatz in den letzten Kriegsstunden anzuordnen hatte er sicher nicht. Es ist zu befürchten, dass die Tafel an diesem Punkt sehr bewusst so gestaltet wurde.

## **Der Nürnberger Prozess**

Die Politik der Zwangsarbeit war ein eigener Punkt im Urteil des ersten Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses, der vom Herbst 1945 bis Oktober 1946 stattfand. Neben dem Begriff der Zwangsarbeit wird vor allem von Sklavenarbeit gesprochen. Der angeklagte Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel wurde im Urteil noch mehrfach zitiert. In einer angeführten Weisung von ihm, vom 20. April 1942, heißt es:  
 „Der Zweck des (...) Arbeitseinsatzes ist (...), alle (...) reichen (...) Hilfsquellen, die uns das (...) Heer (...) gesichert hat, für die Rüstung (...) und (...) die Ernährung der Heimat auszuwerten. Die Rohstoffe wie die Fruchtbarkeit der eroberten Gebiete, und ebenso deren menschliche Arbeitskraft (...).“ Und weiter:

„Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Einsatz die größtmögliche Leistung hervorbringen.“

Sauckel wurde schuldig gesprochen und 1947 hingerichtet.<sup>95</sup>

Viele der zur Arbeit gezwungenen Menschen starben. Viele kehrten krank, invalide und traumatisiert nach Hause zurück. Meist war es aus äußeren und inneren Gründen nicht möglich, über das Erlebte zu sprechen. So erlebten die nächsten Generationen die Auswirkungen der Zwangsarbeit oft, ohne die Ursache zu kennen. Von den finanziellen Folgen für die Betroffenen, der Verarmung und Verelendung ganz zu schweigen.

---

<sup>95</sup><http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnberger+Prozesse%C3%9F/Materialien+und+Dokumente/Urteil/Die+einzelnen+Angeklagten/Sauckel/>

## Liste der verwendeten Literatur:

Altmann, Hendrik: Italienische Militärinternierte in Dedelsdorf und Unterlüß

<https://found-places.blogspot.com/2020/03/italienische-militarinternierte-in.html>

Ausgeschlossen. Archäologie der NS-Zwangslager. Hrsg. Von J.

Haubold-Stolle, T. Kersting, C. Theune, C. Glauning, A. Riedle, F. Schopper, K. Wagner, A. Drecoll, Berlin 2020

Balas, Edith: Vogel im Flug, Halle 2013

Bergen-Belsen. Katalog der Dauerausstellung. Hrsg. von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Göttingen 2009

Bierod, Ralf: Gestapo-Verbrechen im Landkreis Burgdorf und das Schwurgerichtsverfahren in Lüneburg 1950, Stuttgart 2015

Buggeln, Marc: Das System der KZ-Außenlager. Bonn 2012

<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/09292.pdf>

Dachauer Hefte 2. Sklavenarbeit im KZ. München 1993

Der Ort des Terrors. Bd. 2, Hrsg. von W. Benz und B. Distel, München 2005

Deutsche Wirtschaft. Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden. Hrsg. von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, Hamburg 1991

Dokumente zur deutschen Geschichte 1936-39. Hrsg. von W. Ruge und W. Schumann, Frankfurt 1977

Drobisch, Klaus: "Der Werkschutz", in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965 Teil IV, Berlin 1965, S.217-247

Drost, Sebastian: Patronenwald. Stuttgart 1998

Eichengreen, Lucille: Frauen und Holocaust. Bremen 2004

Ferencz, Benjamin B.: Lohn des Grauens. Frankfurt 1986

- Gedicke, Jürgen: Chronik der politischen Gemeinde Unterlüß. Bd. 2, Unterlüß 2002
- Hartung, Bernhard: Durch Licht und Finsternis. Vechta 1986
- Horstmann, Bernd: Die Außenlager des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Außenkommando Unterlüß. 2001  
[http://castor.divergences.be/IMG/pdf/kz-aussenlager\\_unterluess.pdf](http://castor.divergences.be/IMG/pdf/kz-aussenlager_unterluess.pdf)
- Jegielka, S.: SS im Haus, Artikel in der Junge Welt vom 31.10.2019
- Kasper, B., Schuster, L., Watkinson, C.: Arbeiten für den Krieg. Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig 1943-1945, Hamburg 1987
- Köhler, Nils: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Bielefeld 2003
- Konzentrationslager Bergen-Belsen. Hrsg. von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1995
- Krause-Schmitt, Ursula: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Niedersachsen I. Bonn 1984
- Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 6. Berlin 1964
- Kuczynski, Thomas: Brosamen vom Herrentisch. Berlin 2004
- Leitzbach, Christian: Rheinmetall. Vom Reiz, im Rheinland ein großes Werk zu errichten. 2 Bde. Köln 2014
- Na ja, das prägt einen eben. Hrsg. von Stichting Holländerei, Utrecht 2003
- O.M.G.U.S. Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, Nördlingen 1986

O.M.G.U.S. Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG.  
Nördlingen 1986

Reiter, Raimond: Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Hannover 1993

Schneider, Maxilene: NS-Zwangsarbeit auf dem Freiburger Grethergelände. Freiburg 2020

Schwarze, Gisela: Die Sprache der Opfer. Essen 2005

Spoerer, Mark: Zwangsarbeit im Dritten Reich, Frankfurt 2008  
[http://www.wollheim-memorial.de/files/993/original/pdf\\_Mark\\_Spoerer\\_Zwangsarbeit\\_im\\_Dritten\\_Reich.pdf](http://www.wollheim-memorial.de/files/993/original/pdf_Mark_Spoerer_Zwangsarbeit_im_Dritten_Reich.pdf)

„Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen“.  
Hrsg. von Hannes Heer, Hamburg 1995

Udi, Sarah: Der Krieg krepirt. Gedichte. Stadtroda 2007

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 1955 Heft 2

Wenck, Alexandra: Zwischen Menschenhandel und Endlösung. Das Konzentrationslager Bergen-Belsen. Paderborn 2000

Zur Arbeit gezwungen. Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945.  
Hrsg. von R. Spanjer, D. Oudesluijs und J. Meijer. Bremen 1999

Zwangsarbeit bei Rheinmetall, z.B. KZ Tannenberg, Unterlüß. Hrsg. von Rheinmetall entwaffnen Rheinmain. Frankfurt 2020 [www:weg-der-erinnerung.solikom.de](http://www.weg-der-erinnerung.solikom.de)

Zwangsarbeit in Thüringen 1940-1945. Hrsg. von N. Moczarski, B. Post und K. Weiß, Erfurt 2002